

Arbeiter-Zeitung

**Werde Abonnent
unserer Zeitung!**

ersch. täglich
Wochenlohn = 2,-
monatlich 2,15 W.
jährig 25,- W.
Zustellungsgebühren
inland 1,- W.
ausland 1,50 W.
+ 50 Pf.
Zurück die Post bezogen
Kriegspreis: Die
dreifache Post
Kriegspreis: Die
dreifache Post
Kriegspreis: Die
dreifache Post

für Schlesien

**Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)**

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fern-
sprecher 460 39. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Bord-
haus). Fernsprecher 439 02. Erscheinung der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17-19 Uhr. — **Verlagsort:** Breslau. — **Ver-
lag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Diktatur-Regierung gegen das werttätige Volk

Die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse als Minister vorgezogen — SPD. trägt die Verantwortung

Berlin, 1. Juni. (Sig. Drahtbericht.) Gestern wurde amtlich mitgeteilt, daß der Reichspräsident von Hindenburg Herrn von Papen den Auftrag zur Bildung einer Regierung der nationalen Konzentration erteilt hat. Papen hat den Auftrag angenommen und folgende Persönlichkeiten als Minister vorgezogen: Freiherrn von Papen, Innenminister, General von Schleicher als Reichswehrminister, den Londoner Votschaffer von Neurath als Außenminister, und den Deutschnationalen Goerdeler als Arbeitsminister. Das Chemiekapital soll durch Warmbold als Wirtschaftsminister, und die Nationalistische Volkspartei wird von dem Postminister Schägel im Kabinett vertreten sein.

Ob die Regierung in dieser Zusammenfassung zustandekommen wird, wird sich heute entscheiden. Die neue Regierung mit den genannten Persönlichkeiten bedeutet die Errichtung einer offenen nationalen Diktatur. Das ist ein Putsch gegen alle Arbeiter, kleineren Beamten und Angehörigen, gegen alles, was von seiner Hände Arbeit lebt. Das neue Kabinett in der vorgezogenen Zusammenfassung aus den schlimmsten und berüchtigtesten Arbeiterfeinden, den Ueberresten der Kaiserzeit, wird zusammen mit den Vertretern des größten und reichsten deutschen Trustes eine Diktaturherrschafft gegen das werttätige Volk errichten.

Die Sozialdemokratische Partei ist durch die Entwicklung der letzten Wochen vor der gesamten Arbeiterklasse auf das äußerste bloßgestellt. Noch vor acht Wochen hat sie eine von Arbeitergroßen finanzierte Wahlkampagne für Hindenburg gemacht und gesagt, daß durch die Wahl Hindenburgs „dem Faschismus der Weg zur Macht verbaut“ werde. Jetzt hilft derselbe Hindenburg den Nationalsozialisten in die Regierung. Der „Vorwärts“ versucht auch heute noch, obwohl die Rolle Hindenburgs und der Karts der Bourgeoisie klar ist, den Arbeitern einzureden, daß die „Lebensrechte der deutschen Arbeiterbewegung“ durch Hindenburg „geschützt“ werden. Hindenburg habe „die Pflicht übernommen, die verfassungsmäßigen Rechte der Opposition zu schützen“. Der „Vorwärts“ jedoch selbst feststellen, daß Hindenburg eine Regierung gestürzt hat, die sich im Reichstag auf eine Mehrheit stützte. Der „Vorwärts“ bezeichnet das als „Mißbrauch“, den man „mit Hindenburg getrieben“ habe. Er versucht damit nur von neuem, die Arbeiter über die wirkliche Lage zu betrogen.

Die Sozialdemokratische Partei ist an der gegenwärtigen Entwicklung im vollsten Maße mitverantwortlich. Sie hat die Brüning-Regierung unterstützt, sie ist für die Wahl Hindenburgs ein-

getreten, sie hat die Millionen Arbeiter davon abgehalten, einen entscheidenden Kampf gegen die Offensive der Bourgeoisie zu führen. Das Ergebnis dieser Politik ist das Erstarken des Faschismus, die Tatsache, daß die Bourgeoisie jetzt dazu übergeht, eine Regierung der faschistischen Diktatur zu errichten. Der „Vorwärts“ ruft die Arbeiter zur „Einigkeit“ auf und erklärt, daß durch diese Einigkeit der weitere Vormarsch des Faschismus aufgehalten werden könne. Diese „Einigkeit“ unter der Führung der Sozialdemokratie hat zu der gegenwärtigen Situation geführt. Diese sozialdemokratische „Einigkeit“ wird die faschistische Diktatur nicht aufhalten, sondern weiter wie bisher fördern. Nur die Kampfaktion der Arbeiter-

klasse, nur die antifaschistische Aktion, zu der das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei alle Arbeiter auf der Grundlage der revolutionären Einheitsfront aufgerufen hat, kann die drohenden Schläge abwehren. Nur die kämpfende revolutionäre Einheitsfront des Proletariats wird über alle faschistischen Pläne der Bourgeoisie siegen. Darum muß jetzt in dieser überaus ernsten Stunde diese Einheitsfront des antifaschistischen Kampfes hergestellt werden. Der politische Massenstreik ist in der gegenwärtigen Situation die schärfste Waffe der Arbeiterklasse im Kampfe gegen die faschistische Diktatur. Für diesen Kampf gilt es alles mobil zu machen.

Massenkampf gegen Faschismus

Gegen den individuellen Terror, für den Massenkampf der antifaschistischen Aktion

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands teilt mit:

In der bürgerlichen Presse erscheinen Nachrichten über Zusammenkünfte, die in der Nacht zum Sonntag, dem 29. Mai, in Berlin, Bernauer Straße, bei dem dortigen nationalsozialistischen Verkehrslokal „Zum Heidekrug“ abgehalten wurden. Es wird in diesen Pressemeldungen die Behauptung aufgestellt, daß Kommunisten gegen dieses Lokal einen „Nachfeldzug“ durchgeführt und Schüsse abgegeben haben sollen.

Das Zentralkomitee der KPD und die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg stellen dazu fest, daß es sich bei diesen Pressemeldungen um Verdächtigungen handelt, die durch keinerlei Beweismaterial erhärtet sind und einen Teil der gegenwärtig mit verstärktem Nachdruck betriebenen Hege gegen die KPD darstellen.

Die KPD hat durch den Beschluß des Zentralkomitees vom 10. November 1931 gegen den individuellen Terror, entsprechend den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus vor der gesamten Öffentlichkeit Klarheit darüber geschaffen, daß die Kommunistische Partei auf dem Boden des revolutionären Massenkampfes steht und alle etwa in der Arbeiterklasse existierenden, vielfach vom Klassenfeind künstlich genährten Tendenzen zu individuell-terroristischen Handlungen aufs Schärfste bekämpft.

Würden Mitglieder der Kommunistischen Partei gegen diese grundsätzliche Stellung der Partei und den ausdrücklichen Beschluß des Zentralkomitees gegen den individuellen Terror verstoßen, so würden sie sich infolgedessen automatisch außerhalb der Reihen der KPD stellen.

Die Kommunistische Partei hat durch ihren Aufruf an die Massen der deutschen Arbeiterklasse und alle Werttätigen zur Herstellung der gemeinsamen kämpfenden Roten Einheitsfront im Zeichen der antifaschistischen Aktion den Weg gewiesen, auf dem allein erfolgreich der Massenkampf gegen den Faschismus geführt werden kann. Solche Ueberfälle, wie die, über die die bürgerliche Presse berichtet, stehen im schärfsten Gegensatz zu der Politik des Massenkampfes und der Massenaktionen der KPD und bedeuten die schwerste Schädigung derselben. Wie die Erfahrungen in der letzten Zeit bei den Attentaten auf den deutschen Votschaftrat in Moskau und auf den französischen Staatspräsidenten bewiesen, handelt es sich bei solchen Terrorakten um bewusste Provokationen der politischen Gegner der revolutionären Bewegung, die dazu ausgenutzt werden, um die Kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterbewegung zu diskreditieren und für neue Verfolgungsmaßnahmen den Boden zu bereiten.

Gerade angesichts der verstärkten Terrorakte der Nationalsozialisten ruft die KPD die massenbewusste Arbeiterschaft auf, im Rahmen der antifaschistischen Aktion den Massenkampf gegen den Faschismus in den Betrieben, auf den Stempelflächen, unter der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land aufs Stärkste zu entfalten.

Berlin, den 30. Mai 1932.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Genosse Pried vor den Vertretern der Presse

Am Dienstag, dem 31. Mai, hielt die Fraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands im Preussischen Landtag eine Pressekonferenz ab, zu der zahlreiche Vertreter der in- und ausländischen Presse erschienen waren.

Genosse Wilhelm Pried gab im Namen der Landtagsfraktion und des Zentralkomitees der KPD Informationen über die Stellung der Kommunisten zu dem feigen Mordanschlag auf die kommunistischen Landtagsabgeordneten, zur Regierungsfrage und zur antifaschistischen Aktion.

Nach dem ausführlichen Bericht wurden von bürgerlichen Pressevertretern, besonders ausländischer Zeitungen, einige Fragen an Genossen Pried gerichtet. In bezug auf die Regierungsbildung in Preußen betonte Genosse Pried in seiner Antwort, daß die Kommunisten alle Geschäftsmittel anwenden würden, um zu verhindern, daß die Nazis auf dem sogenannten „legalen Wege“ an die Regierung kämen. Die Regierungsfrage, die eine Machfrage im Kampf der Klassen ist, wird letzten Endes außerparlamentarisch, durch den Kampf der Massen entschieden. Die Frage, ob die Kommunisten für einen Auflösungsantrag des Landtages stimmen würden, beantwortete Genosse Pried: „Wir werden das tun, wenn der Zeitpunkt für das Proletariat günstig ist, nicht dann, wenn die Nazis wollen. Wir werden den Nazis Gelegenheit geben, im Landtag gegen ihre eigenen demagogischen Versprechungen zu handeln.“

SPD.-Arbeiter, SAJ.-Genosse, was sagst du dazu?

SPD. für Arbeitsdienstpflicht in den Betrieben

Ein Antrag der Landeshuter SPD.-Fraktion im Stadtparlament für Schaffung einer Streikbruch-armee in der Textilindustrie — Arbeitsdienstpflicht in den Betrieben bedeutet weiteren Lohnraub und Massenentlassungen

Landeshut. Die Tatsache, daß die Führung der SPD. und des Landeshuter SAJ. für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht eintritt, ist kein neues mehr. Es gibt in Schlesien genügend Arbeitsdienst-lager, bei denen die SPD.-Führung nicht oder weniger die Hand im Spiele hat. Nun aber ist, daß die SPD.-Führung selbst nicht vor der Bildung einer offenen Streikbrucharmerie in Form der Arbeitsdienstpflicht in den Betrieben zurückbleiben wird.

Die Landeshuter Textilarbeiter sind zum größten Teil arbeitslos. Diese Lage benützt die SPD., um die Bildung einer offenen Streikbrucharmerie in Form der Arbeitsdienstpflicht in den Betrieben zu fordern. Sie brachte unter der vorliegenden Parole: „Für Arbeitsbeschaffung!“ folgenden unerhörten Antrag im Stadtparlament ein:

„Die Landeshuter Stadtverwaltung oder eine von ihr beauftragte Stelle wachet den stillgelegten Betriebsteil der Deutschen Textilindustrie, die sogenannte Spinnerei. Unter Anweisung von erwerbslosen Betriebsarbeitern wird die Weberei mit erwerbslosen Jugendlichen besetzt.“

Die Entlohnung der Jugendlichen würde im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes erfolgen. — Zur Verrechnung der erwerbslosen Jugendliche die Landeshuter Weberei mit herangezogen werden. Bei Durchführung dieses Antrages würde eine erhebliche Anzahl von Erwerbslosen die notwendige Arbeitsbeschaffung erhalten, dabei aber auch zur Linderung der Not der bedürftigen Arbeiter tätig sein können. Die Mittel hierzu müssen aus dem Fonds für den freiwilligen Arbeitsdienst zu erlangen sein. Sie sind dann

wirklich produktiv angelegt. — — — Neben dieser finanziellen Auswirkung ist noch auf den jugendfürsorglichen Charakter hinzuweisen.“

In diesem Antrag wird von „Vinderung der Not“ der Erwerbslosen gesprochen, obwohl man die Jugenderwerbslosen zwingen will, ohne jeglichen Lohn zu den Bedingungen der faschistischen Arbeitsdienstpflicht zu schreiten. Die Tatsache, daß das die Schaffung einer offenen Streikbrucharmerie bedeutet, wird von der SPD. mit dem Hinweis auf „den jugendfürsorglichen Charakter“ abgetan. Die Folge der Einführung der Arbeitsdienstpflicht in den Betrieben wird sein, daß weitere Textilarbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße werden, um den Arbeitsdienstpflichtigen, die keinen Lohn erhalten, Platz zu machen. Jeder Arbeiter wird einsehen, daß auf diesem Weg das Elend der Webereibevölkerung nicht beseitigt, sondern noch vergrößert wird.

Bekanntlich waren die Nazis die ersten Verfechter der Arbeitsdienstpflicht. Heute ist es schon so weit, daß sie in dieser Frage in der SPD.-Führung einen ersten Konkurrenten haben. Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, wie die SPD.-Führung dem Faschismus in die Hände arbeitet. Sie spielt offen die Rolle als Untreiber der faschistischen Arbeitsdienstpflicht zur Erzielung einer Streikbruch- und Kriegsarmerie. Das zu verhindern muß die Aufgabe aller Arbeiter in der Landeshuter Textilindustrie sein. SPD.-Arbeiter, laßt euch das nicht bieten! Die jugendlichen Arbeiter müssen gemeinsam mit den erwachsenen Arbeitern für die Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe und die Beschäftigung der Erwerbslosen zu tariflicher Entlohnung kämpfen. Dazu ist die Herstellung der roten Einheitsfront das Gebot der Stunde. Der siegreiche Nichtarbeiterstreik in Landeshut hat bewiesen, daß nur auf diesem Wege, im außerparlamentarischen Kampfe, Erfolge erzielt werden können.

Kartelle, Burgfrieden oder kämpfende Einheitsfront?

Erklärung der KPD. der KPD. Schlesien

Der Ausschuss der vierenden kommunistischen Partei, der nunmehr in der KPD. der KPD. Schlesien... (text continues with political analysis and demands for a united front)

Diese unheilvolle vordringende Welle des wachsenden Widerstandes... (text continues with political analysis and demands for a united front)

dem Generalrat... (text continues with political analysis and demands for a united front)

Hitler hekt gegen die Erwerbslosen

Die Nazipartei für Ministerposten, bereit zu verstärkten Hunger- und Terrormaßnahmen

Der „Völkische Beobachter“, das Zentralorgan der NSDAP, veröffentlicht täglich Separatartikel gegen die hungernden Massen... (text continues with political analysis and demands for a united front)

So bieten sich also die Hitler und Goebbels schamlos und zynisch dem Kapital an, seine Ausbeuterinteressen als Minister zu vertreten... (text continues with political analysis and demands for a united front)

SPD.-Bürgermeister Macho droht mit

Staatskommissar über Breslau

Der Haushaltsauschuß aufgelöst — SWP.-Fraktionsführer gegen Anträge für die Werkstätigen heraus zur heutigen Massenversammlung im „Schiefwerder“

Breslau, 1. Juli. Der Haushaltsauschuß der Stadtverwaltung... (text continues with political analysis and demands for a united front)

Der Haushaltsauschuß der Stadtverwaltung... (text continues with political analysis and demands for a united front)

Roter Massenfelbstschutz, das Gebot der Stunde

In Bremerhaven sprach am Freitag in einer öffentlichen Kundgebung der Reichsleiter des Kampfbundes, Kamerad Schaffner... (text continues with political analysis and demands for a united front)

Heute Beratung der kommunistischen Anträge im Landtag

Berlin, 1. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Am Landtag, der heute... (text continues with political analysis and demands for a united front)

Gemeinjam Mitgliederversammlung der KPD. und SWP. in Dels

Beschließt die sofortige Bildung des roten Massenfelbstschutzes — Der vorbereitende Kampfausschuß besteht aus vier SWP.-, drei KPD.- und drei parteilosen Arbeitern

Dels, 31. Mai. Die gestern abgehaltene gemeinjam Mitgliederversammlung der KPD. und SWP. war von 110 Genossen und Genossinnen... (text continues with political analysis and demands for a united front)

Der Genosse Wetz von der SWP. sprach im Auftrage der SWP.-Gruppe und erklärte, daß es keine Einheitsfront mit Bränning... (text continues with political analysis and demands for a united front)

Der Haushaltsauschuß der Stadtverwaltung... (text continues with political analysis and demands for a united front)

Auf dem richtigen Wege zur Einheitsfront

Am 21. und 22. Mai fand für den Unterbezirk Waldenburg die 12. Konferenz statt. Daß diese Konferenz betrübend auf unsere Arbeit in den Massenorganisationen sowie unter den Erwerbslosen gewirkt hat, dafür einige Tatsachen.

Drei Fragen stehen im Vordergrund:

1. Fortschrittlich die rote Einheitsfront?
2. Ist der Kampfwill der Arbeiter im Steigen begriffen?
3. Sind Erfolge auf der Basis der roten Einheitsfront möglich?

Schreiber dieser Zeilen ist nur in der Lage, über die Ergebnisse einer Woche auf Grund seiner Erfahrungen zu berichten. Im gesamten Unterbezirk sind zweifellos die Ergebnisse bedeutend härter. Am Sonntag, dem 22. Mai, fand früh eine Mitgliederversammlung des Mieterverbandes und abends eine Versammlung der freien Elternvereiner in Weichstein statt. In beiden Versammlungen zeigte es sich, daß sozialdemokratische sowie parteilose Arbeiter gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern den Kampf um ihre Existenz auf breiter Grundlage formieren.

In der Mieterversammlung wurde einstimmig, auch mit den Stimmen der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, beschlossen, bei der Gemeinde folgende Anträge einzureichen und auch dafür den Kampf zu führen.

1. Die durch die Notverordnung eingetretene Mieterhöhung auf Grund der Kürzung der Hauszinssteuer-Beträge von 100 auf 80 Prozent für die Invaliden, Witwen und Erwerbslosen, die man den Hausbesitzern schenkte, übernimmt auf die Dauer der Erwerbslosigkeit und Invalidität die Gemeinde.
2. Auf Grund des immer niedriger werdenden Existenzminimums beschließt die Gemeinde, bei allen Arbeitern, Invaliden und Erwerbslosen die Miete wie folgt festzusetzen: 10 Prozent des Gesamteinkommens gilt als Normbetrag der monatlichen Miete.

In der Versammlung der freien Elternvereiner wurde Stellung genommen zu den Elternratswahlen und unter folgenden Bedingungen eine gemeinsame Liste aufgestellt. Slogan: Proletarischer Schulkampf!

1. Kostenlose Beförderung von Lehr- und Lernmittel an die Schulkinder.
2. Kampf gegen jede Klassenverminderung sowie jeden Abbau von Lehrkräften.
3. Verschidung erholungsbedürftiger und kranker Kinder in Kinderheime.
4. Verbot aller Prügel- und sonstigen Schulstrafen.
5. Kampf gegen die Verfolgung der jungen Pioniere, Ueberlassung von Schulräumen zur Durchführung ihrer Veranstaltungen.

Die Mandate werden zu je gleichen Teilen von sozialdemokratischen und kommunistischen Funktionären besetzt. Eine einberufene Sitzung des Elternrats und des Vorstandes der Elternvereiner nahm diese Forderungen einstimmig an.

Auch die diese Woche durchgeführten Erwerbslosenversammlungen zeigen, daß die oben stehenden drei Fragen wirklich von allen Arbeitern in reger Diskussion stehen. In Poitzsch und Sandberg nahmen die Erwerbslosen sowie in Weichstein Stellung zu dem bevorstehenden Unterstützungsraub und der Pflichtenarbeit. Auch die angesehenen Ermittlungen standen in Nieder-Salzbrunn und Weichstein unter dem Druck der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter.

Diese Beispiele zeigen, daß es möglich ist, bei Anwendung der Einheitsfront in richtiger Form sozialdemokratische und parteilose Arbeiter für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen.

Die Erwerbslosenbewegung läßt sich nicht spalten

Waldenburg. Vor längerer Zeit schufen einige „lichtsichtige“ Sozialdemokraten in Sandberg einen eigenen Erwerbslosenausschuß, weil der bestehende nach ihrer Ansicht kommunistische Politik betrieb. Um aber überhaupt eine Versammlung zustandezubringen, zogen sie bisher die Erwerbslosen von Sandberg, Ober-Salzbrunn, Nieder-Salzbrunn,

Liebschau und Seitendorf zusammen und brachten ganze 26 Mann auf die Beine. Daß trotz aller Bemühungen, die Erwerbslosen in ihrem Netz zu fangen, ohne jeglichen Erfolg waren, bewies die letzte vom alten Erwerbslosenausschuß einberufene Versammlung im Hotel Sandberg. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der vollkommene Bankrott dürfte dem Schwadronneur Treu bei seiner Wortmeldung recht klar zum Bewußtsein gekommen sein. Die Erwerbslosen haben zu den Vertretern einer Partei, die alles Glend mitverschuldet, nicht mehr für einen Heller Vertrauen. Dafür wächst das Vertrauen zu der kommunistischen Partei immer mehr. Die Erwerbslosen haben erkannt, daß nur in der roten Einheitsfront der Kampf geführt werden kann gegen Unterstützungsraub, für Arbeit, Brot und Freiheit!

Sozial- und Kleinrentenraub perfekt

Am 1. Juni werden die gehobenen Fürsorgeerträge im Landkreis Waldenburg herabgesetzt. Es wird z. B. ein Ehepaar, das bisher monatlich 63,75 Mark erhielt, in Zukunft nur 58,70 Mark, also 7,06 Mark weniger bekommen. Nichts schon der erwähnte Betrag nicht im entferntesten aus, einigermaßen menschenwürdig zu leben, so bedeutet diese neue Kürzung eine weitere Verelendung der Armen. Die Auswirkung dieses Raubes ist noch nicht abzusehen. Auch die kleinen Geschäftsleute und Kleinrentner werden darunter leiden. Auch hier ist die einzige Parole: Gemeinsame Not, gemeinsamer Kampf!

Nazi als Kriegsvorbereiter entlarvt

Arbeiter für die Verteidigung der Sowjetunion

Witzkegiersdorf. Am Freitag hielten hier die Nazis eine öffentliche Versammlung ab, wozu man den Rußlandhörer und Verleumder Koch als Referenten aufstehen ließ. Was sich diese verfluchten Sub-

jekte an Verleumdungen gegen den Arbeiterstaat leisteten, spottet jeder Beschreibung. Nur war auch bei ihm, wie schon bei anderen derartigen Verleumdern, zu verzeichnen, daß er die Lügen so faustdick auftrag, daß nicht einmal die eigenen nationalsozialistischen Anhänger den Ausführungen Glauben schenken. Es gehört schon reichlich viel dazu, einem Menschen Glauben zu machen, daß man in Rußland Leiden ausgedrückt und ist.

In der Diskussion zeigte Gen. Pätzold den Erziehungener den Grund dieser verlogenen Rußlandhege auf. Er zeigte, daß diese Referate den Zweck haben sollen, die Vorbereitung der Intervention für die Kapitalisten gegen Rußland zu erleichtern. Der Beifall der Anwesenden bei den Ausführungen des Kommunisten zeigte, daß die Arbeiter sehr gut den Zweck dieser Rußlandhege begriffen und daß sie auch die Notwendigkeit des Schutzes der Sowjetunion gegen alle Ueberfälle der Kapitalisten erkannt hatten.

Eines soll hier noch festgehalten werden. Man hatte eigens zum Zweck dieser Versammlung zum Schutze des Verleumders und der Morggarde ein Ueberfallauto aus Waldenburg kommen lassen. Bis 1 Uhr mußte das Licht im Neubau brennen, um die „Ausrichten“ für die Polizei zu verbessern. Sonst hat unsere Gemeinde kein Geld. Auch an diesem Beispiel sollen die Witzkegiersdorfer Arbeiter den wahren Sinn der „Demokratie“ erkennen.

Sozialdemokratischer Rohling

Im Stadtteil Altwasser schlug der 29jährige Willfried Friedrich seine erwachsene Schwester derart brutal, daß sie taumelig wurde. Anlaß dazu gab die Vermutung, daß sie ihre Mutter wegen Hauszinssteuer denunziert habe. Die Auseinandersetzungen entstanden auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse. Die erwachsene Schwester erhält eine Unterstützung von 5,55 Mark wöchentlich, 1,85 Mark für ihr fünfjähriges Kind und von der Wohlfahrt monatlich 9 Mark für dasselbe. Sie kann nun nicht das geben, was sie soll und dadurch entstanden die Spannungen.

Wir lehnen sonst ab, mit solchen Notizen unsere Zeitung zu füllen, aber vor einigen Tagen schrieb die „Dreiwacht“ von einem kommunistischen Rohling“. Sie soll also in ihren eigenen Reihen Umkehr halten.

Einheitsfront der Arbeiter gegen nationalsozialistische Rußlandhege

Glende Rußlandhege für 25 Mark — Die Versammlung der Nazis eine Pleite Arbeiterschaft verläßt demonstراتiv den Saal

Fellhammer. Schon die Tatsache, daß die Nationalsozialisten mit dem Bestand der Sowjetunion sich in ihren Versammlungen beschäftigen müssen, zeigt, wie ernst sie die Sowjetunion bei ihren faschistischen Plänen zur Unterdrückung der Arbeiterschaft in Rechnung stellen. Man hatte sich für diese Verleumdung den Rußland-Verarbeiter Koch aus Witzkegiersdorf verschrieben, vor dem jeder Nährkumpel nur das Ausshunden übrig hat, als Laial des Kapitalismus. In gemeiner provokatorischer Weise versuchte er den Arbeitern begrifflich zu machen, daß Rußland nicht ein Land, sondern die Hölle darstellt. Nicht das Leben und der Lebensstandard der russischen Arbeiter spielt für ihn eine Rolle, sondern am meisten reißt es ihn auf, daß man keine Zahnpasta, keinen Schupps erhält. Mit 200 Gramm Butter und 800 Gramm Brot für die ganze Familie den ganzen Monat, davon lebt ein 150-Millionen-Volk. Selbst der SA., die man immer wieder auf-forderte unter den Augen der Polizei gegen den Prolet der Arbeiter einzugreifen, war es zu starker Tobal, und sie verweigerten den „Dienst“. Eine Stunde Redezeit hatte man uns zugehöbert; als jedoch nach einer halben Stunde vom Gen. Grindel eine Anklage nach der anderen folgte, versuchte die Versammlungsleitung abzubremsen. Verschiedene mehr als Summe Fragen an unseren Diskussionsredner

parierte er und brachte dem Referenten eine Niederlage. Da sie kein Glück hatten, versuchten sie die Diskussion zu beenden. Einen Appell an die Arbeiterschaft, mehr denn je zur Sowjetunion zu stehen, den Kampf gegen die Kapitalisten mit der SPD. zu organisieren, richtet noch Genosse Grindel an die Versammlung. Unter Hinweis, daß in der nächsten Woche ein geltern aus der Sowjetunion zurückgekehrter Bergarbeiter sprechen wird, wo wir aber volle Redefreiheit gewähren werden, schließt Gen. Grindel seine Ausführungen.

Trotzdem aus all den unliegenden Ortschaften Gottesberg, Rothenbach, Hermsdorf, Weichstein, Waldenburg die SA. erschienen war, hatte man nach Verlassen der Arbeiterschaft des Saales nur noch ganze 120 Faschisten übrig. Die klassenbewußte Arbeiterschaft lehnte es ab, ein Schlußwort von diesem Rußlandverleumder anzuhören.

In geschlossener Einheitsfront standen SPD. und Reichsbannerarbeiter mit den Kommunisten. Jetzt gilt es, gegen die faschistischen Mordorganisationen eine feste organisatorische Plattform zu schaffen. Wir werden auch nicht ruhen, bis wir die verirrten Arbeiter, die von den Phrasen des „großen Volks“ noch in Bann geschlagen sind, für die rote Klassenfront gewonnen haben.

Der „Rote Funke“ verboten

Marklissa. Die Reaktion wittert Morgenluft, und da will man auch in Marklissa nicht absteigen stehen. Von Seiten der Polizeibehörde ist die weitere Herstellung und Verbreitung der Ortszeitung, des „Roten Funkers“, verboten worden.

Zu irgendeinem Einschreiten hatte man bisher noch keinen ausreichenden Grund gefunden. Die Zeitungen waren selbst nach dem Preßgesetz gemäß gezeichnet. Man versucht durch eine löhne, an den Parteien herbeigezogene Sache, den „Funke“ zu verbieten, weil angeblich der Polizeibehörde, daß heißt dem Bürgermeister von Marklissa, der Herstellungsort der Zeitung nicht bekannt sei.

Der wahre Grund liegt natürlich an einer anderen Stelle. Der „Rote Funke“ war allseitig beliebt, und manchem dieser Herren war er ein Dorn im Auge. Man will die kommunistische Part. treffen. Aber das Gegenteil werden sie erreichen. Man will jetzt bei den Verböten nicht mehr nur die zentralen kommunistischen Zeitungen treffen, sondern vielmehr konzentriert man sich auch auf die Lokalzeitungen der revolutionären Bewegung.

Um so mehr werden die Arbeiter in Stadt und Land an die Arbeit gehen. Für jede verbotene Ortszeitung werden zwei neue Betriebs-, Häuserblock- und Stempelstellen-Zeitungen entstehen. Die revolutionäre Partei wird durch tausend Aern zur Klasse sprechen trotz verstärkter Verfolgung, trotz verstärktem Terror.

Geschäftliches

Doppelt gepart, schaffst besser!

Kaiser's Kaffeegeschäft gibt auch im Juni wieder die Möglichkeit zu besonders sparsamem Einkauf: denn es gewährt an den ersten vier Tagen dieses Monats auf alle Waren mit wenigen Ausnahmen 10 Prozent Rabatt. Auch die so geschätzten echten feinen Porzellan-tassen und reizenden Dessertteller stehen an diesen Ausnahmetagen auf Wunsch statt Rabatt zur Verfügung. Wer spart, verbessert seine Güter. Wer einen der ersten Junitage zu einem Besuch in Kaiser's Kaffeegeschäft benutz, spart entweder bares Geld oder vervollständigt seine Sammlung von Kaiser's wertvollem Porzellan! Keine kluge Hausfrau läßt sich diese günstige Gelegenheit entgehen!

Vorwärts, zu neuen Kämpfen!

Genosse Balzer spricht zur Lage und den Aufgaben

Görlitz. Am 28. und 29. Mai tagte die 3. W.-Konferenz vom 11. bis 12. Mai. Ein halbes Jahr gewaltiger Kampfaufgaben liegt hinter dem W.-Parteitag. Zur Konferenz waren eine große Zahl neuer Kämpfer gegen die kapitalistische Diktatur erschienen, die in der kurzen Zeit in der revolutionären Kampffront reichliche Erfahrungen gesammelt haben. Die Konferenz hatte die Aufgabe, die Lehren aus der Kampforganisation und den die Wahlkämpfen für die Organisation zu ziehen. Die Tagesordnung sah ein politisches Referat über die organisatorischen Aufgaben der Partei vor.

Genosse Balzer gab in seinem politischen Referat eine genaue Analyse der Krise und der politischen Situation und zeigte, wie die Krise sich in den wichtigsten Industrien des W., in der Glas- und Textilindustrie usw. auswirkt. Im Mittelpunkt des Referats stand der imperialistische Krieg, der durch den japanischen Imperialismus bereits eingeleitet wurde. Er zeigte auf den Kampf zwischen zwei Systemen, dem niedergehenden Kapitalismus und dem im Steigenschritt vorwärtsschreitenden Aufbau des Sozialismus. Zur Lage in Deutschland, als das schwächste Mitglied in der imperialistischen Welt übergehend, zeigte Genosse B., daß das Proletariat unter der doppelten Ausbeutung, der Last des Verfallens und des Youngplans zu leiden hat und die Bourgeoisie zu besonders harten Angriffen auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse übergeht. Das Wahlergebnis brachte in Deutschland eine weitere Verschärfung der Situation. Neuer Lohn- und Unterstützungsabbau ist im Gange. Die SPD. versucht in dieser Situation neue betrügerische Manöver durchzuführen. Durch ihre chauvinistische Heke versucht die Bourgeoisie die Massen von den wahren Ursachen des Hungers und Glends abzulenken. Die SPD.-Arbeiter erkennen immer mehr, daß man mit Hindenburg nicht Hülfe schlagen kann, sondern daß man mit den Kommunisten in einer Einheitsfront im Kampfe gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, im gemeinsamen Kampfe gegen Naziterror den Faschismus schlagen muß. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Herstellung von Kriegsmaterial, gegen Kriegstransporte, die als zentrale Aufgaben jetzt stehen, steht in enger Verbindung der Kampf gegen Notverordnungs-diktatur. Das wichtigste Stützglied ist die Einheitsfront im Kampf. Genosse Balzer zeigte an Hand einiger Beispiele den Delegierten, wie wir an die Organisation der kämpfenden Einheitsfront herangehen müssen. Er zeigte die Fehler der Vergangenheit auf.

gute Fortschritte gemacht hat. Der entscheidende Erfolg sei, daß es der Organisation gelungen ist, in den wichtigsten Betrieben des W. Betriebszellen aufzubauen, neue Stützpunkte und Ortsgruppen zu schaffen, den Instruktorstab aufzubauen. Einer der Hauptmängel der Organisation sei immer noch die Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse. Die Werbung für die Partei hatte in der Berichtsperiode einen großen Erfolg. Die Werbung neuer Parteimitglieder müssen wir in der Zukunft vom strategischen Gesichtspunkt aus betreiben. Wir brauchen Systematik in der Werbung! Ganz ungenügend und schwach ist die Durchführung der Fraktionsarbeit im W., die mit wenigen Ausnahmen nicht durchgeführt wurde. An den Aufbau der Fraktionen muß jetzt mit aller Energie herangegangen werden, soll die Einheitsfrontpolitik in die Tat umgesetzt werden. Aufgabe ist es jetzt, daß wir zur wirklichen Zellenarbeit kommen, daß jede Zelle sich ihrer Aufgabe bewußt wird und als Führer der Massen in ihrem Tätigkeitsgebiet die Beschlüsse der Partei durchsetzt.

In der darauf einsetzenden Diskussion beteiligten sich 23 Genossen. Während ein Teil der Delegierten richtig diskutierte, herrschte bei einem anderen Teil der Delegierten noch nicht die vollkommene Klarheit über die praktische Durchführung der Beschlüsse der Partei. Die Delegiertenkonferenz wird diesem Teil der Delegierten eine große Hilfe sein in der Organisation der Massenkämpfe in ihrem Betrieb. Im Verlauf der Diskussion sprach im Auftrag der W. der Genosse Sandner, der das Referat des Genossen Balzer besonders unterstrich. Die W. wurde einstimmig gewählt. Im Schlußwort unterstrich Genosse Balzer, daß die Konferenz ein weiterer Schritt vorwärts sein wird in der Volkshewegung des W. Görlitz.

Jetzt heißt es an die Arbeit gehen, mit der kämpfenden Einheitsfront gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen den Terror des Diktatorfaschismus. Mit dem Gelöbniß: Alles auf Kampfposten zu neuen Kämpfen! wurde die Konferenz geschlossen.

Wachstum und Stärkung der Organisation

Genosse Bänder sprach über die organisatorische Lage im W. Er konnte feststellen, daß die Organisation im letzten halben Jahre

CLUB 3½ ist Deutschlands meist gerauchte Zigarette



7000 Bergarbeiter obdachlos

Ungeheure Ausdehnung der Ueberschwemmungen in Mitteleuropa — Unwetter auch in Ungarn

London, 31. Mai. Die dauernden Regenfälle haben zu einer weiteren Ausdehnung der Ueberschwemmungen in Mitteleuropa geführt, die nunmehr einen katastrophalen Charakter angenommen haben. Im Norden der Grafschaft Yorkshire mußten bis jetzt 7000 Bergarbeiter ihre Wohnungen räumen, da das Wasser in diesem Gebiet teilweise bis zwei Meter hoch steht.

Der Fluß Trent ist in wenigen Tagen um 2 Meter gestiegen und hat alle Uferdämme durchbrochen. Bei Gainsborough riß der Trent eine 30 Meter große Lücke in den Uferdamm, und ergoß sich über die umliegenden Wiesen und Felder, wobei Bäume, Telegraphenstangen und Getreideschuppen hinweggeschwemmt wurden.

Tausende von Menschen sind obdachlos. Es besteht die Gefahr, der Entstehung und Ausbreitung von ansteckenden

den Krankheiten. In der ganzen Gegend ist die Ausjaat vernichtet. Der Schaden wird bisher auf mehrere Millionen Pfund geschätzt.

Da auch die Bergwerke von Bentley ihren Betrieb einstellen mußten, ist fast die gesamte Bevölkerung der Stadt von etwa 13 000 Personen zurzeit arbeitslos.

Schwere Unwetter in Ungarn

Budapest, 31. Mai. Am Sonntag ging über Budapest und einer Reihe von Provinzstädten, namentlich in Banatien, ein schweres Unwetter nieder. In Budapest dauerte der Wolkendruck 25 Minuten. Die Feuerwehr mußte in mehr als 1000 Fällen eingreifen. Ein Mann, dessen Kahn kenterte, ist ertrunken. In Kaposvár schlug der Blitz in ein Kaffeehaus ein. Vier Personen wurden schwer verletzt. Fünfkirchen und Stuhlweißenburg wurden von Hagelschlag heimgesucht.

Angesichts der unmittelbar drohenden Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion hat ein Komitee von Schriftstellern und Wissenschaftlern für den kommenden 1. August einen internationalen Antikriegsweltkongress nach Genf einberufen. Unser Bild zeigt drei Mitglieder dieses Komitees. Von links nach rechts: Maxim Gorki — Albert Einstein — Upton Sinclair.
(Aus der AIZ)

„Fürsorge“

Sieben sadistische Erzieher vor Gericht

Brenzlau, 31. Mai. Im Schwurgerichtssaal des Landgerichts Brenzlau wurde heute die sensationelle Verhandlung gegen die „Erzieher“ vom Waldheim-Templin von der Strafkammer, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektor Achilles, eröffnet.

Auf dem Gerichtstisch liegen als Beweisstücke zwei Gummiknüppel und ein Lederriemen, mit denen die Mißhandlungen vorgenommen wurden.

Der Eröffnungsbeschluss wirt den Angeklagten vor, in den Jahren 1929 bis 1931 schließliche Mißhandlungen und homosexuelle Verfehlungen vorgenommen zu haben. Dem Hauptangeklagten Antke werden zehn selbständige Mißhandlungen vorgeworfen.

Vor Beginn der Sitzung gibt der Vorsitzende bekannt, daß noch heute als Zeugen vernommen werden. Der Obermagistratsrat Kraus vom Landesjugendamt, Berlin, Frau Lodenhagen vom Landesjugendamt Berlin.

Dagegen ist die Stadträtin Wenl, die vernommen werden sollte, erkrankt.

Sie muß durch einen beauftragten Richter vernommen werden. Der größere Teil der Zeugen, und zwar sind das die Fürsorgegehilfen selbst, befindet sich im Waldheim-Templin und das Gericht wird noch heute die Hauptverhandlungen nach Templin verlegen, um die Zeugen dort an Ort und Stelle zu vernehmen.

Gegen diesen Vorschlag wendet sich Rechtsanwalt Löwenthal, weil in den Akten ein Protokoll enthalten ist, daß sich der Direktor von Templin, Grueber, an die Eltern der Zeugen gewandt hat, um sie zu einer günstigen Zeugenaussage zu bewegen. Es ist der dringende Verdacht geboren, daß die Zeugen, solange sie in Templin sind, wo Grueber noch immer Direktor ist, beeinflusst werden. Rechtsanwalt Löwenthal verlangt, daß die Zeugen aus der Debatte des Direktors Grueber genommen werden.

Da Direktor Grueber selbst Mißhandlungen an ihnen vorgenommen hat.

Der Staatsanwalt und der Vorsitzende erklären, zu dieser Maßnahme keine Möglichkeit zu haben. Der Verteidiger der Angeklagten warf bei bezeichnenderweise, daß die Zeugen im Waldheim-Templin bleiben sollen.

Was werden über den Verlauf der Verhandlung berichten.

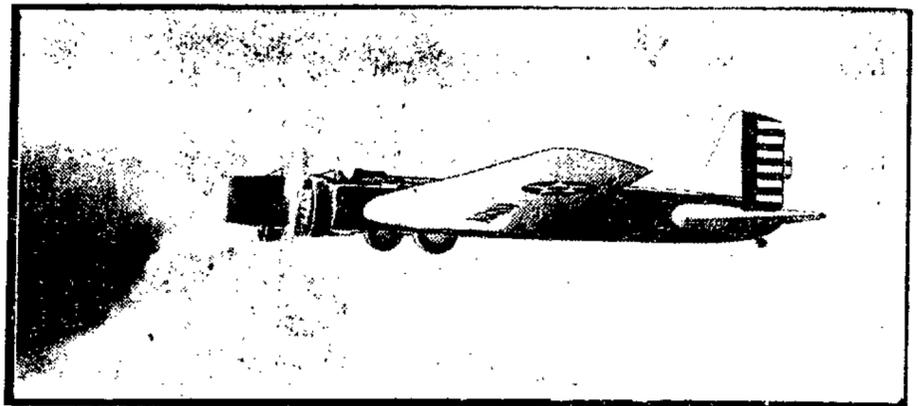
Geheimnisvolle Todesfälle

Bruder und Schwester plötzlich gestorben

Essen, 31. Mai. Zwei sehr traurige und noch unauflösbare Todesfälle ereigneten sich in der Familie eines Hüttenmannes in Niedringen bei Essen. Der 17 Jahre alte Sohn hatte sich abends noch gesund und munter zu Bett gelegt. Als die Mutter ihn am anderen Morgen wecken wollte, fand sie ihn tot. Der Hals und die Brust waren hart angeschwollen. Der Kranke wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er bald danach starb. Gegen Mittag desselben Tages erkrankte auch seine vierjährige Schwester und starb schon während der Ueberführung ins Krankenhaus. Da man keine Anhaltspunkte für die Todesursache finden konnte, wurden Leichenöffnungen der Essener Universität zur Untersuchung überandt.

1200 Kilogramm Bomben

Dieses amerikanische Bombenflugzeug allerneuester Konstruktion hat eine bedeutsame Neuerung: während des Fluges kann das ganze Fahrgestell eingezogen werden — durch die Verminderung des Luftwiderstandes wird die Geschwindigkeit um fast das Doppelte gesteigert. Das Flugzeug trägt über 1200 Kilogramm Bomben mit sich, die in Magazinen innerhalb des Flugzeugrumpfes untergebracht sind und vom Beobachter mit einem einzigen Handgriff abgeworfen werden können. Man kann sich vorstellen, welche Rolle diese Flugzeuge im kommenden Krieg spielen werden.



Schwere Fleischvergiftungen in Steffin

Bisher ein Todesfall

Stettin, 31. Mai. Am Montag verstarb im Städtischen Krankenhaus an den Folgen des Genusses von nicht einwandfreiem Hackfleisch der Kapitän Gräbner. Die nähere Untersuchung dieses Falles hat ergeben, daß noch sieben weitere Personen an Fleischvergiftung erkrankt sind. Einige von ihnen wurden in bedenklichem Zustand ins Städtische Krankenhaus gebracht. Die Schuldfrage konnte bisher noch nicht geklärt werden.

Ein berühmter Chirurg vom Sohn ermordet

Belgrad, 31. Mai. In Nowjad (Neufaz) wurde heute nachmittag der bekannte Chirurg Professor Dr. Stanko Matanovic von seinem Sohn erschossen. Der junge Mann besuchte seinen Vater in dessen Sanatorium und geriet mit ihm in einen heftigen Wortwechsel. Im Verlauf des Streites verlegte der Sohn dem Vater mehrere Schüsse, die den Professor ins Herz trafen. Der Täter ergriff die Flucht, wurde aber in Peterwardein gefasst.

Opfer der Berge

München, 31. Mai. Im Karwendelgebirge sind am Sonntag fünf bayerische Bergsteiger vom Schneesturm überzogen worden, so daß ihnen der Abstieg nicht mehr gelang. Kurz vor zehn Uhr nachts kurz vor der Mitternacht der Gruppe, der 44-jährige Buchhalter Hans Schwimmer, der den Anführer seiner Begleiter ab. Bisher war die Suche nach Schwimmer ergebnislos. Es besteht wenig Aussicht, ihn noch lebend bergen zu können. Einer der Geretteten liegt mit erfrorenen Händen und Füßen im Krankenhaus Scharnitz.

Hochwassergefahr im Erzgebirge

Chemnitz, 31. Mai. Die seit zwei Tagen ununterbrochen niedergehenden starken Regenfälle, haben bereits ein erhebliches Ansteigen der Flüsse im Westerbirge zur Folge. Der Chemnitz-Fluß, die Mulde, die Altha und die Zschopau haben bereits die Gefahrmärke A überschritten und steigen bedrohlich weiter, so daß sie schon verschiedentlich über die Flußrinne getreten sind. Da der Regen am Dienstag morgen noch immer mit unverminderter Stärke anhält, wird die Hochwassergefahr von Stunde zu Stunde größer. Vom Hochwasserstich sind zwar alle Maßnahmen getroffen worden, doch kann nur ein baldiges Aufhören des Regens die Hochwassergefahr und damit schweren Schaden abwenden.

Selbstmord aus Not

Zwickau, 30. Mai. Montag früh wurden auf der Haltestelle Ebersbrunn der Straße Zwickau-Galtenstein die Leichen zweier Mädchen auf den Schienen liegend aufgefunden, denen die Köpfe vom Rumpf getrennt waren. Wie ermittelt wurde, handelt es sich um zwei junge Mädchen im Alter von 18 bis 20 Jahren namens Morgener und Luderer aus Elfeld. Die beiden Freundinnen sind am Sonntag von Elfeld her zu Fuß gekommen und haben auf dem Bahnsteig sitzend das Eintreffen des ersten Güterzuges um 3.30 Uhr abgewartet, von dem sie sich überfahren ließen. Die Tat ist bei dem herrschenden Nebel von niemandem bemerkt worden. In hinterlassenen Briefen geben die Mädchen an, aus Not gehandelt zu haben.

Bluttat eines Geisteskranken

Budapest, 31. Mai. Der Kleinrichter der Gemeinde Becses, Adrian Liebe, sollte dem Beamten Johann Detari eine Vorladung zustellen. Detari, der die Vorladung nicht übernehmen wollte, feuerte auf den Kleinrichter mehrere Schüsse ab. Liebe war auf der Stelle tot. Detari wurde festgenommen; er war eine Zeitlang in einer Heilanstalt. Sollte der Täter als geistig normal befunden werden, so wird seine Strafsache vor das Standgericht kommen.

Ozeanflugzeug brennend abgestürzt

Das Flugzeug, mit dem der New Yorker Flieger Max Browne nach Tokio gestartet war, geriet in Brand, als ihm mittels einer Schlauchleitung über dem Meere Betriebsstoff zugeführt wurde. Das Flugzeug stürzte ins Meer. Browne konnte gerettet werden.

Riesige Falschmünzeraffäre

Einer Falschmünzerangelegenheit von noch nicht genau festgestellten Ausmaßen ist die Düsseldorf-Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Es war ihr aufgefallen, daß in der letzten Zeit eine größere Menge falscher 50-Pfennig-Stücke in den Verkehr gebracht worden war. Die Beobachtungen der Polizei richteten sich auf eine bestimmte Gruppe von jungen Leuten, von denen bis jetzt zwölf ermittelt werden konnten, die Falschgeld verausgabt hatten. Die weitere Untersuchung ergab, daß als Hersteller der Falschgeldstücke ein Mann in Frage kommt, der bisher noch nicht festgenommen werden konnte. Dieser verkaufte die Falschstücke für 22 Pfennig an seine „Abnehmer“, die dann ihrerseits mit diesen Geldstücken weiterwucherten.

Gräff, 29. Mai. In dem Kohlenbergwerk Gräff bei Mons wurden drei Bergleute durch schlagende Wetter getötet.

Newyorker bestochener Bürgermeister

Die Korruption vor Gericht bestätigt — Die Beziehungen des Bürgermeisters zu den reformistischen Gewerkschaften

New York, 30. Mai. Die Evidenznahme des Oberbürgermeisters Walker bei dem Gericht hat einwandfrei ergeben, daß der Bürgermeister ungeheure Summen an Korruptionsgeldern eingesteckt hat. Die Zeitungen veröffentlichten Details über die Summen, die der Bürgermeister erhalten hat.

Vom Zeitungsverleger Paul Hod, der an der Lieferung von Baumaterial an die städtische Untergrundbahn interessiert war, hat Bürgermeister Walker die Summe von 247 000 Dollar erhalten. Der Finanzier Eino, der mit der Tagelöhner-Gesellschaft in Verbindung steht, hat mitgeteilt, daß er Walker mit 200 000 Dollar bestochen hat. Ein Vertreter der Autobus-Gesellschaft sagte aus, daß keine Gesellschaft dem Oberbürgermeister Walker als Beitrag für seine Europa-Reise 19 000 Dollar geschenkt hat. Dafür hat der Oberbürgermeister am nächsten Tag den Vertrag einer für die Gesellschaft vorteilhaften Konzession unterzeichnet.

Dies nur einige Aussagen bei Gericht. Es haben sich noch eine Reihe anderer Firmen gemeldet, die dem Bürgermeister Summen in der Höhe von 10 000 bis 20 000 Dollar gegeben haben. Dabei gibt es eine große Anzahl von Firmen, die allen Grund

haben, die Berechnungen zu leugnen. Dies alles zu einer Zeit, wo die Zahl der Arbeitslosen allein in New York eine Million weit übersteigt und der Staat sowie die Stadt sich beharrlich weigern, Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, weil die Stadt- und Staatskassen leer seien. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Bürgermeister Walker seit jeher die engen Beziehungen zu der American Federation of Labour, den reformistischen Gewerkschaften Amerikas unterhält.

Diese ungeheure Korruption des Oberbürgermeisters von New York, die nunmehr gerichtlich bestätigt wurde, hat nicht etwa bewirkt, daß der Bürgermeister seines Amtes enthoben wurde. Keineswegs. Mayor Walker amtiert weiter als höchster Beamter der Stadt New York, denn hinter ihm steht die Clique der Politiker und Ausbeuter, die an dieser Korruptionswirtschaft interessiert sind.

Für jeden Fall sind diese Ereignisse charakteristisch für das Land des höchst entwickelten Kapitalismus, für die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Verhältnisse zeigen den Niedergang des Kapitalismus, zeigen, wie das bankrotte kapitalistische System immer tiefer in den Sumpf der Korruption versinkt.

Brüning-Regierung zurückgetreten — Faschistische Militärdiktatur marschiert

Darüber spricht heute Mittwoch, 20 Uhr im gr. Schießwendersaal, der Reichstagsabgeordnete Karl Becker Stadtverordneter, Genosse Werner Brodde spricht über: „Unser Kampf gegen den Breslauer Hungeretat“
Werktätige, heraus zur Antifaschistischen Aktion.

Kommunistische Partei Deutschlands

Breslau

Breslau, den 1. Juni 1932.

Am 12. Juni marschiert das werktätige Schlesien mit der KPD. gegen Hunger und Krieg!

Nazirummel am Kriegerdenkmal

Ohrfeigen für hungernde Erwerbslose

Mit großem Lärm wurde am Sonntag das Kriegerdenkmal auf dem Matthiasplatz eingeweiht, um damit einem „dringenden Bedürfnis“ der werktätigen Bevölkerung nachzukommen. Tausende von Nazis waren erschienen und fühlten sich schon im Dritten Reich. Der „Geist von 1911“ wehte spürbar über dem Platz. Als ein halbverhungertes Erwerbslos an einen der Anstehenden die Frage richtete, wann denn das Denkmal für die verhungerten Proleten und deren Kinder errichtet werde, erhielt er von einem halbkreisgeputzten Narren einen furchtbaren Schlag ins Gesicht, der dem Bedauernswerten vorübergehend die Bewußtlosigkeit raubte. Auch die übrigen Naziführer nahmen Partei gegen den Arbeiter. Die Polizei schlichtete die Angelegenheit auf ihre Art, indem sie den Angegriffenen vom Platz entfernte und für dessen ferneres „Wohlergehen“ sorgte. Und der bereits oben erwähnte „Geist von 1911“ konnte nunmehr ungehindert weiter wehen.

Prolet, erwache!

Vom roten Pressefest

Die Losnummer 258 hat das Fahrrad gewonnen

Die Feier der revolutionären Presse leitete die Einladung zum Pressefest der „Arbeiter-Zeitung“ in großer Anzahl Folge. Die Darbietungen fanden alle im Zeichen der Werbung für eine mächtige Waffe der Arbeiterklasse, die revolutionäre Presse. Ein Höhepunkt der Veranstaltung bildeten die Szenen der KPD-Truppe, die sich in immer schnellerem Tempo zu einer schlagkräftigen und wirksamen Kampfruppe, wie sie sein soll, entwickelten. Der Presse-Song, die rote Einheitsrevue verdienen im Programm besonders hervorgehoben zu werden. Auch die Jazz-Truppe war in eindrucksvoller Weise. Besonders beliebt erwies sich der gesungene KPD-Song. Die Veranstaltung klang aus in den Ruf:

Jeder Arbeiter liebt die „Arbeiter-Zeitung“!

Auch Frauen und Kinder heraus aus der Kirche!

Nach einer kirchlichen Statistik gab es am 1. Januar 1932 in Breslau 3191 evangelisch-lutherische (Freidenkerische) Ehen. Davon trugen a) evangelischen Charakter 2181, d. h. 68 Prozent, b) freidenkerischen Charakter 88, d. h. 6 Prozent, c) „religionsmäßig-neutralen“ Charakter 922, d. h. 28 Prozent.

Aus dieser Statistik wird klar die betrübliche Tatsache ersichtlich, daß viele Freidenker die antireligiöse Aufklärungsbewegung unter ihren nächsten Angehörigen völlig vernachlässigen. In vielen Familien ist es so, daß zwar der Mann nicht mehr der Kirche angehört, aber Frau und Kinder weiter in ihr Mitglied sind. Dieser für jeden Freidenker höchst wichtige Zustand muß schleunigst geändert werden. Es gibt die kirchlich-faschistische Reaktion mit allen Mitteln zu bekämpfen. Ein solches sehr wirksames Mittel ist der massenhafte Kirchenaustritt. Gerade nach den letzten Vorstößen der Kulturreaktion, nach dem Verbot der revolutionären Freidenkerorganisationen ist es für jeden revolutionären Freidenker die unbedingte Pflicht, nicht nur selbst aus der Kirche auszutreten, sondern auch seine Angehörigen dazu zu veranlassen. Entzweit den proletarischen Nachwuchs der reaktionären Beeinflussung durch das Volkstum. Weidet eure Kinder vom Religionsunterricht ab und setzt sie in den roten Kinderverband ein, wo sie zu proletarischen Abwehrkämpfern herangebildet werden!

Kämpft allerorts und in jeder Schule bei den Elternbeiratswahlen für die Liste „Proletarischer Schulkampf“!

Handwerker, merke auf!

Das Altschöner Straißgefängnis als Schneidermeister und Fuhrunternehmer

(Gefangenenkorrespondenz)

Da amtierend neben den beiden Oberbauern des Altschöner Straißgefängnisses a. a. auch ein Dr. jur. Weisberg als evangelischer Anhaltsgewaltiger. Das anhaltische Gebot dieses Seelenheilsworters von Staats wegen, welches alljährlich zu besonderen Mäßen, wie Italienreisen usw. herhalten mußte, reicht aber in diesem Jahre, wie es scheint, nicht mehr in die Reichweite der Rechnung eines Schneiders. Die Anfertigung eines Mahanzuges (die Anfertigung auf Seide sei nur nebenbei bemerkt) wird von Gefangenen besorgt. Die billige Arbeitskraft eines Gefangenen reicht diesen Seelenhirten gut genug, das freie Handwerk, welches mit den vielen freien Angehörigen um das nackte Leben ringt, zu umgehen. Es ist ein Skandal sondergleichen, wenn gut besoldete Staatsbeamte die Gefangenenanstalten mit ihren billigen Arbeitsträgern auf solche Weise ausnützen dürfen.

Der Gipfel eines Skandals ist es, wenn nun das städtische Straßgefängnis keine vorhandenen Fahrzeuge zu Verfügungsfahrten für Freirichten lassen und solche Fahrten für entsprechendes Entgelt auch bereits ausführen hat. Dem freien Fuhrgewerbe empfehlen wir, sich diese Konkurrenzschere eines Staatsbetriebes genauer anzusehen.

Aus der „revolutionären“ Praxis der KPD.-Führer

KPD.-Prolet, was sagst du dazu? — Der Dringlichkeitsantrag der Kommunisten

Breslau. Wir haben in der gestrigen Ausgabe unserer Zeitung ausführlich zu den Ereignissen im Stadtparlament Stellung genommen, so daß es nicht möglich war, alle Fragen eingehend zu erörtern. Inzwischen haben die Presseorgane aller Schattierungen sich vom Schreck über den energischen Vorstoß der Kommunisten im Parlament wieder erholt und hegen in der widerlichsten Art gegen die Kommunisten. Die Einheitsfront der Reaktion vom Montag im Parlament findet ihre naturgemäße Fortsetzung in den Spalten der „Volkswacht“ bis zur „Schlesischen Zeitung“.

Aber wenn die gesamte Presse in „wahrheitsliebender“ Weise zu den Dingen Stellung nimmt, darf auch die „KPD.“ nicht fehlen. Wider besseres Wissen schreibt sie über die Teilnahme der jugendlichen Erwerbslosen an den Zwangskursen:

„Die KPD., die mit diesem Antrag als einzige Partei im Stadtparlament den gegenwärtigen Kampf der Jungerwerbslosen auf die Tagesordnung setzte.“

Hier sagt die „KPD.“ bewußt die Unwahrheit. Tatsache ist nämlich, daß die kommunistische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt hatte, in welchem die grundsätzliche Ablehnung der Arbeitsdienstpflicht, Zwangskurse usw. zum Ausdruck gebracht wird. Wahr ist vielmehr, was wir gestern bereits geschrieben haben, nämlich, daß dieser Antrag nicht die „Gnade“ der KPD. fand, indem die KPD.-Fraktion dafür ihre Unterstützung verweigerte, und auf der Grundlage des kommunistischen Dringlichkeitsantrages ihren Antrag in veräffelter Form, also lauschartig, abwich. Der Originalantrag der Kommunisten hatte folgenden Wortlaut:

Dringlichkeitsantrag

Die unterzeichneten Stadtverordneten beantragen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Durchführung aller Bestrebungen und Anweisungen, die Arbeitsdienstpflicht, Zwangskurse usw. betreffen, ab.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Magistrat wird beauftragt, sofort Anweisungen zu geben, daß

1. Allen Jungerwerbslosen, die an Kursen teilnehmen, die Kursstunden tariflich bezahlt werden.
2. Alle Kurssteilnehmer warmes Mittagessen erhalten.
3. Alle Kurssteilnehmer Fahrgehalt für die Benutzung der Straßenbahn von der Wohnung zur Arbeitsstelle und zurück erhalten.
4. In allen Kursen Schülerräte gewählt werden.
5. Aus diesen Schülerräten ein Ausschuss gewählt wird, der die

und nicht zu dulden, daß die für den Justizfiskus aufgebrauchten Steuererlöse von diesem zur Drofflung des freien Gewerbes in der schändlichsten Weise benutzt werden.

Sie wollen den Kampfwillen brechen!

Einige Jungerwerbslose, die als Vertreter der Streikenden dem Direktor des Arbeitsamtes, Sozialdemokraten Paner, besonders auf die Herren fielen, die auf seinen Kommandaten nicht die Hände an die Holenacht legen und die „Schmause“ hielten, haben gestern von diesem folgende Schreiben erhalten:

„Sie werden mit bester Wirkung aus dem Fortbildungslagerung No. . . . ausgehoben.“

Das Arbeitsamt erhält Mitteilung von diesem Reichskriegs-KPD.-Prolet, durch diese Maßnahme will man eure besten Kollegen, die für eure Interessen eintreten und mit euch kämpfen, aus den Kursen entfernen, auf diesem Wege wollen sie euren Kampfwillen brechen. Jetzt gilt es, erst recht den Kampf gegen die Zwangskurse zu führen.

An alle Kommunisten und KPD.-Mitglieder in den Gemeindebetrieben Breslaus!

An alle C-Gruppen der Industrie-Gruppe Gemeinde-Verkehr! Am Donnerstag, dem 2. Juni, 19 Uhr, findet in den Räumen der KPD., Wallstraße 21, 3. Etg., die Generalmitgliederversammlung der Industrie-Gruppe Gemeinde-Verkehr statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über den Stand der Lohnbewegung der Gemeindearbeiter und unsere Entschlüsse dazu.
2. Organisatorischer Aufbau der Industrie-Gruppe

Angeichts der eruiten Lage bei den Gemeindearbeitern ist es Pflicht eines jeden, unbedingt zu erscheinen.

Die Industrie-Gruppenleitung Gemeinde-Verkehr

J. A. Gühr.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion und der kommunal-politische Beirat

tagt am Donnerstag, dem 2. Juni, abends 8 Uhr, im Sekretariat der KPD., Wallstraße 13. Alle Stadtteile, Betriebszellen und Massenorganisationen müssen Vertreter entsenden und Anträge für die Stadtverordnetenversammlung einreichen.

Durchführung der Kurse überwacht, die Art und den Inhalt des Unterrichts bestimmt und die in Frage kommenden Lehrer auswählt. Er entscheidet weiter über alle Fragen, die die Jungerwerbslosen in den Kursen berühren.

6. Maßregelungen an Jungerwerbslosen, die im Streit gegen die Zwangskurse stehen, dürfen nicht vorgenommen werden. Eine Einbehaltung oder Sperrung der Unterstützung darf nicht stattfinden. Falls die Unterstützung durch das Arbeitsamt entzogen wird, wird der entzogene Geldbetrag voll durch das Wohlfahrtsamt an die betreffenden Jungerwerbslosen ausgezahlt.

An diesem Beispiel werden die Arbeiter die Unrechtheit der KPD.-Führer erkennen. Wir führen aber noch ein Beispiel ins Feld, an dem der „Wille“ dieser Leute zur außerparlamentarischen Aktion gekennzeichnet ist.

Der Betriebsratsvorsitzende Schwarz sprach radikale Worte zum bevorstehenden Lohnabbau bei den städtischen Arbeitern, ohne irgendwie daran zu denken, konkrete Kampfmaßnahmen der Kollegen der städtischen Betriebe zu zeigen oder vorzuschlagen. Allgemeine Redensarten waren seine Ausführungen. Er überließ es vielmehr seinem Genossen Mirtein, der in etwas anders abgestimmter Tonart zur außerparlamentarischen Aktion Stellung nehmen sollte, und der sich in den üblichen Generalstreik-Parolen wohlfühlte. Auch er hatte die konkreten Kampfmaßnahmen scheinbar „vergessen“.

So sieht die „revolutionäre“ Praxis dieser Leute aus. Schwarz und seine Genossen, die im Gesamtverband und in den Gemeindebetrieben maßgeblichen Einfluß haben, denken gar nicht daran, die Arbeitermassen zum Kampf zu mobilisieren. Das hat die am 20. Mai in der „Stadt Leipzig“ stattgefundene Betriebsräteversammlung der Gemeindebetriebe erneut bestätigt. Das es doch Schwarz dort fertig gebracht, die von den oppositionellen Betriebsräten eingebrachten konkreten Kampfmaßnahmen gegen den bestehenden Lohnabbau stattweg unter den Tisch fallen zu lassen, während sein Genosse Schwarz im Vorraum des Tagungssaals erklärte, er denke gar nicht daran, die Gemeindearbeiter in den Streik zu hegen!

So „kämpfen“ diese Leute für die Interessen der Arbeiterchaft, die dann in der Zeitung nicht genug von sich als von der „einzigen“ Partei, die den gegenwärtigen Kampf der Arbeiterchaft auf die Tagesordnung setzt“ schreiben.

KPD.-Proleten, nehmt, wie wir kritisch dazu Stellung, diskutiert darüber in den Betrieben und an der Stempelkassette. Ergreift selbst die Initiative und schreitet zur außerparlamentarischen, antifaschistischen Aktion ohne diese „Führer“.

Stadtdelegiertenkonferenz Sonntag, den 5. Juni

Ortsgruppen im Stadtkreis Breslau wählen Delegierte und melden sie sofort der Bezirksleitung.

Bis jetzt fehlen noch die Ortsgruppen: Tschansch, Brodau, Klatschin, Hartlich, Grünhübel, Schönborn, Schmolz, Gr. Moßbern, Kawallen, Zimpel, Steine.

Die Stadtdelegierten müssen sofort in den betr. Ortsgruppen die Wahl der Delegierten veranlassen.

Keine Ortsgruppe ohne Delegierten!

W. Schlesien der KPD., W. Breslau.

Mundharmonika-Berein Weß

Der Mundharmonikaverein Weß veranstaltet am Sonnabend, dem 4. Juni in Anoblihs-Häusern in Dabitz ein Sommerfest, zu welchem die Arbeiterchaft Breslaus hiermit eingeladen ist. Eintrittspreis beträgt 10 Pf.

Funktionäre der KPD!

Freitag, den 3. Juni, 19.30 Uhr, in dem neuen Büro Wallstraße 21, 3. Etg., Gesamtmitgliederversammlung! Jeder Funktionär muß bestimmt anwesend sein. Sekretariat der KPD.

Monistische Gemeinde Breslau G. V.

Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit

Zur Werbung für ein Zeltlager der monistischen Jugend veranstaltet diese vier Lichtbild-Vorträge im Saale Grünstraße 14/16. Der Preis hierfür beträgt 30 Pf., Einzelabend 10 Pf. Mittwoch, 1. Juni, 20 Uhr, Gen. Boer über „Domburg“; Mittwoch, 15. Juni, 20 Uhr, Gen. Bürgel: „Das Riesengebirge“; Dienstag, 21. Juni, 20 Uhr, Gen. Hartig: „Das Rheinland“; Mittwoch, 29. Juni, 20 Uhr, Kunstliterarischer Vortrag über „Mäthe Kollwitz“. Wir bitten unsere Gefinnungsfreunde um Unterstützung der Veranstaltungen. Der Vorstand.

Die „KPD.“-Auslieferungsstelle Breslau

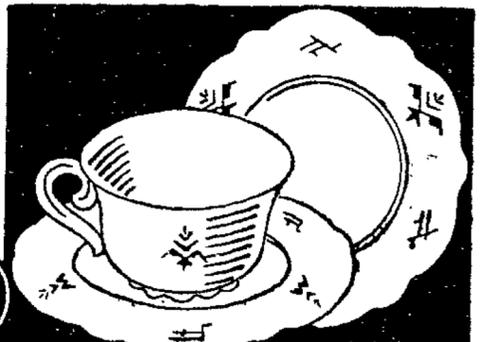
befindet sich jetzt Dorotheengasse 5, Ecke Schloßhofe

Verantwortlich für den politischen Teil: Pröbny und Lokales: Frick. Adre: Breslau. — für die übrigen Seiten: Ulrich Friedrich Berlin. — Für Inserate: Albert Gallant, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

10% Vier billige Junitage!

Von Mittwoch, dem 1. Juni bis Samstag, den 4. Juni auf alle Waren (mit Ausnahme weniger Artikel) doppelte Rabattmarken! Auf Wunsch statt Rabatt bei Einkauf für 2 RM ein schöner Dessertteller, bei Einkauf für 3 RM eine feine Tasse mit Untertasse aus echt bayerischem Qualitäts-Porzellan.

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT



Die reaktionäre chauvinistische Welle steigt

Faschistische Mehrheit bei der Oldenburger Wahl

Die Wahlen zum Oldenburger Landtag am vergangenen Sonntag haben eine faschistische Mehrheit ergeben. Nationalsozialisten und Deutschnationale haben ohne die anderen Parteien von den 27100 abgegebenen Stimmen, mehr als die Hälfte, 14700 Stimmen erhalten. Die Hitler-Partei konnte jedoch die Stimmen des 2. Wahlzuges der Präsidentschaftswahl nicht halten. Sie verlor fast 10000 Stimmen. An Mandaten hat die Hitler-Partei ein Mandat über die Hälfte, und zwar 24 von 46. Deutschnationale und Nationalsozialisten sind die einzigen, die bei den Oldenburger Wahlen an Stimmen gewonnen haben. Alle anderen bürgerlichen Parteien haben gegenüber der Wahl vom Mai 1931 verloren. Die Wirtschaftspartei und Deutsche Volkspartei verlor zusammen 12700, das Zentrum 4000 und die Staatspartei 2300 Stimmen. Die SPD hat fast 4000 Stimmen (von 51878 auf 50987) verloren. Auch die Kommunistische Partei hat gegenüber Mai 1931 3335 Stimmen (von 18925 auf 15590) verloren. Gegenüber dem 2. Wahlgang der Präsidentschaftswahl hat die KPD jedoch rund 1000 Stimmen gewonnen.

Diese Wahlen zeigen das Anwachsen der reaktionären nationalsozialistischen Welle, die ihre Grundursache in dem Versäuler System hat. Die imperialistische Sieger des Weltkrieges 1914/18 haben der deutschen Bourgeoisie ihre Bedingungen diktiert und das System der Tributleistungen errichtet. Die deutsche Arbeiterklasse und die anderen werttätigen Schichten wurden unter Peinlichkeiten der deutschen Bourgeoisie gezwungen, für die imperialistischen Räuber in England, Frankreich, Amerika usw. zu arbeiten. Das ging so lange, wie das kapitalistische System auf der Grundlage des Versäuler Raubfriedens eingetrahnt stabilisiert schien; aber diese relative Stabilisierung geht jetzt seinem Ende entgegen. Die weltumfassende Krise des Kapitalismus hat besonders die Not des arbeitenden Volkes in Deutschland ins Unerträglichste gesteigert. Die deutsche Bourgeoisie benutzt die Versäuler Sklavensbedingungen, um in Deutschland eine nationalsozialistische Welle zu entfesseln und von jener grundlegenden Ursache abzuwenden, doch das Versäuler Tributsystem ein Teil des kapitalistischen Systems überhaupt ist und daß der Kapitalismus die Krise hervorbringt hat, unter der jetzt das arbeitende Volk in allen kapitalistischen Ländern leidet.

Beseitigung der Krise und des Versäuler Sklavenspattes, das ist es, was vor allem die Nationalsozialisten den arbeitenden Massen versprechen. Sie erklären, daß dieses Ziel nur erreicht

Die Jugend folgt dem Ruf zur Antifaschistischen Aktion

„Schlagt in die Bruderhand ein, die die Kommunistische Partei euch bietet“. „Entscheidet euch, Schulter an Schulter mit uns, euren kommunistischen Klassengenossen, für die Antifaschistische Aktion der roten Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse“ — mit diesen Worten wandte sich der Aufruf des Zentralkomitees der KPD, an alle Arbeiter, an alle SPD- und Reichsbannerproleten und SWJler. Dieser Appell zur Antifaschistischen Aktion hat auch in der Arbeiterjugend Widerhall gefunden. Heute liegen folgende Berichte vor:

Der feige Naziliberfall auf das Zeltlager der sozialdemokratischen Jugend in Rheinhausen (Württemberg) hat dazu geführt, daß die Jungarbeiter sich zu einer einheitlichen Kampffront gegen den Naziterror zusammengeschlossen haben. In einer Kampfabstimmung des kommunistischen Jugendverbandes war die gesamte SWJ, von Rheinhausen erschienen. Nach einem Referat wurde einstimmig das vom KZVD vorgeschlagene Kampfprogramm gegen Faschismus und Arbeitsdienstpflicht, gegen Lohn- und Unterdrückungsabbau, für die Verteidigung der Sowjetunion angenommen. Ein Kampfausschuss aus drei Genossen des KZVD und drei Mitgliedern der SWJ, wurde einstimmig gewählt. Der Kampfausschuss hat bereits seine Arbeit aufgenommen und konkrete Maßnahmen zur Massenmobilisierung beschlossen.

In Chemnitz fand eine vom SWJ (Jugendorganisation der SPD) einberufene Jugendversammlung statt, in der in der Diskussion ein Vertreter des kommunistischen Jugendverbandes sprach. Er zeigte die Gefahren der Arbeitsdienstpflicht auf und sprach konkret über die Dramatisierung des Kampfes der gesamten Arbei-

tererschaft gegen diese faschistische Methode zur Militarisierung der Arbeiterjugend. Besonders prangerte er die Rolle der SWJ-Führung an, die sich offen für die Arbeitsdienstpflicht einsetzt. Er forderte alle anwesenden Jungarbeiter, ganz gleich, welcher Organisation sie angehören, auf, in einheitlicher Front den Kampf gegen Arbeitsdienstpflicht, Zwangsschulung und imperialistischen Krieg aufzunehmen. Zur praktischen Organisation des Kampfes schlug er die Annahme eines Kampfsprogramms und die Wahl eines einheitlichen Kampfausschusses aus Jungarbeitern aller Richtungen vor. Das Kampfprogramm, das von den Versammelten mit starkem Beifall aufgenommen wurde, enthält folgende Forderungen:

Gegen die Zwangsschulung und Arbeitsdienst in jeder Form. Für tarifliche Bezahlung der bereits in Arbeitslagern untergebrachten Jugendlichen.

Für ausreichende Verpflegung und Stellung von Arbeitskleidung für diese Jungarbeiter.

Wahl von Selbstverwaltungsausschüssen der in den Arbeitslagern befindlichen Jungarbeiter.

Unter dem Druck der anwesenden Jungarbeiter mußte die Versammlungsleitung über das Kampfprogramm und die Wahl eines Kampfausschusses abstimmen lassen. Fast restlos stimmten die Jungarbeiter unseren Forderungen zu.

Der gewählte Kampfausschuss setzt sich aus 13 Mitgliedern des KZVD, SWJ, der freien Gewerkschaftsjugend, der NSD-Jugend und Vertretern von Jungwehrgenerationen zusammen.

Antifaschistische Aktion

Entsprechend den Aufrufen der KPD und NSD, bekennt sich die Antifaschistische Aktion zu entfalten. Die rote Einheitsfront des Kampfes gegen Lohnkürzung, Sozialabbau, Faschismus und imperialistisches Kriegsverbrechen verbreitert sich.

Betriebsbeschlüsse gegen Faschismus im Ruhrgebiet

Aus Essen werden folgende Beschlüsse von Belegschaften gemeldet:

„Die heute in Gelsenkirchen-Schalke tagende Belegschaftsversammlung der Schachtanlage Bismarck 1-4 erhebt den schärfsten Protest gegen den blutigen Terror der Hakenkreuzler im Landtag. Durch blutige Angriffe auf die kommunistische Landtagsfraktion wollen die Hakenkreuzler ihren unerhörten Betrug an ihren Wählermassen und ihr Zusammengelen mit dem System von der Sozialdemokratie bis Hugenberg verdeutlichen. Die kommunistische Landtagsfraktion hat durch ihre geschickte Politik es verstanden, allen Arbeitern aufzuzeigen, daß nur die Kommunisten gegen den Faschismus kämpfen. Die anwesenden Belegschaftsmitglieder werden alle Kräfte einlegen, um in Einheitsfront dem System samt den Hakenkreuzlern den vernichtenden Stoß zu verleißen.“

„Die am 26. Mai tagende Belegschaftsversammlung des Wülheimer Bergwerksvereins nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem feigen Ueberfall der Nationalsozialisten im Landtag. Sie begrüßt das mutige Auftreten der kommunistischen Fraktion zur Verteidigung der Rechte des hungernden Proletariats und verurteilt aufs schärfste die provokatorische und widerrechtliche Tat der hakenkreuzfaschistischen Landtagsfraktion. Klammern sind im Landtag von den blutrünstigen Faschisten schwer verwundet worden. Wir versammelten Bergarbeiter vom Wülheimer Bergwerksverein geloben, als Antwort auf die faschistische Plutokratie nicht eher zu ruhen, bis der letzte Kamerad über die wahren Absichten der Nazi-Mordbanditen und ihre kapitalistische Einstellung aufgeklärt ist, und in roter Einheitsfront die Antifaschistische Aktion durchzuführen.“

Ähnliche Beschlüsse faßte eine überfüllte Erwerbslosenversammlung in Hörde und eine Mitgliederversammlung des SWJ der Schachtanlage Prosper II.

Rote Einheitsfront kommunistischer, sozialdemokratischer, parteiloser und nationalsozialistischer Arbeiter in Landeshut

Durch die rote Einheitsfront in Landeshut (Schlesien) ist es gelungen, die Pflichtarbeit zu beenden. Hier haben nicht nur sozialdemokratische Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder mit Kommunisten und parteilosen Arbeitern in der roten Kampffront gestanden; die nationalsozialistischen und Stahlhelmarbeiter haben gegen den Willen ihrer Führer mitgekämpft. Die Versammlung vom 20. Mai, an der alle Erwerbslosen ohne Unterschied der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit teilgenommen haben, hat beschlossen, den Kampf um die weiteren berechtigten Forderungen: Beseitigung der Krankenkassen- und Rezeptgebühren, Verbot von Ermittlungen, Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten örtlicherseits usw. mit unverminderter Schärfe weiter zu führen. Die Weiterführung des Kampfes liegt in den Händen des Erwerbslosenausschusses.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es unter anderem:

„Angehts der Tatsache der völligen wirtschaftlichen Verelendung der Arbeiterlosen und ihrer Familien beschließt die Versammlung gegenüber den unerhörten neuen Anschlägen der Regierung, die eine weitere Kürzung der Hungerunterstützung und die Einführung der Zwangsarbeit bringen, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und die Kampffront fester zu schließen zum Kampfe um die Arbeiterforderungen entsprechend dem Selbstvertrauen der kommunistischen Reichstagsfraktion zur Arbeitsbeschaffung und zur Sicherung der Existenz der Erwerbslosen, sowie der kommunistischen Anträge im Preussischen Landtag.“

Antifaschistische Aktion der kommunistischen und SPD-Arbeiter in Roberwieg

In Roberwieg wurde in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der KPD mit sozialdemokratischen Klassengenossen folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die versammelten Arbeiter betrachten die sofortige Schaffung der roten Einheitsfront als das dringendste Gebot der Stunde für alle klassenbewußten Proletarier. Unverzüglich müssen folgende Maßnahmen zur Verwirklichung der roten Einheitsfront ergriffen werden:

1. Sofortige Wiederaufstellung des roten Massenselbstschutzes, der durch die SPD-Führer zum Schaden der Arbeiter, zur Freude der Faschisten zerstückelt wurde.

2. Schnellste Vorbereitung einer gemeinsamen Erwerbslosenversammlung, in der ein Erwerbslosenausschuss geschaffen und die nächsten Aktionen der Erwerbslosen besprochen werden (Verhinderung von Ermittlungen, Kampf gegen Herabsetzung der Wohlfahrtsunterstützung usw.).

3. Gemeinsame Organisation einer Eisenbahnarbeiterversammlung, in der ein Vertreter des Einheitsverbandes der Eisenbahner und ein Vertreter der NSD zum Thema: „Kampf der Eisenbahner gegen Lohnraub und Entlassung“ spricht.

4. Aufstellung einer gemeinsamen Liste „Proletarischer Schulkampf“ zu den Elternbetriebswahlen.“

Es wurden sofort in der Versammlung 10 Kandidaten, darunter parteilose und SPDler, für die Liste der roten Einheitsfront „Proletarischer Schulkampf“ gewonnen.

Es gilt, überall; in allen Betrieben, in allen Abteilungen der Betriebe, in Stempelstellen, Arbeitervierteln und auf dem Lande in ähnlicher Weise gemäß dem Aufruf des ZK der KPD, die Antifaschistische Aktion gegen Hunger, gegen die NSDAP-Streikbruch, und Terrororganisation des Finanzkapitals durchzuführen. Ueber die SPD-Führer, die Wegbereiter der Nazi-Partei, hinweg reichen sich die sozialdemokratischen und die kommunistischen Arbeiter die Hände in der roten Einheitsfront.

Betriebsarbeiter in antifaschistischer Aktion

Eine Belegschaftsversammlung der Schachtanlage Stinnes 1-2-5 wählte 12 Delegierte zur Schachtkonferenz, die sich mit dem Kampf gegen Lohnabbau und Faschismus beschäftigen wird. Die Kumpels solidarisierten sich mit den kämpfenden Kameraden von Revier 1 und gelobten, keinen Pfennig Lohnraub und keine Verschlechterung des Tarifvertrages zu dulden.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung, die sich mit Abscheu gegen den bestialischen Ueberfall der Nazis auf die kommunistischen Landtagsabgeordneten wendet, wird der Appell an alle Ruhrbergarbeiter gerichtet, die geschlossene Einheitsfront aller Ruhrkumpels gegen Bonzenverrat, Unternehmerwut und den drohenden Lohnraub zu bilden und den Naziliberfall mit einer noch stärkeren Mobilisierung der Belegschaft gegen den Faschismus und das Zeichenunternehmertum zu beantworten!

Die Streikversammlung der Königsberger Steinarbeiter nahm am 26. Mai Stellung zu dem feigen Naziliberfall auf kommunistische Abgeordnete im Landtag. Die folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die am 26. Mai 1932 stattfindende Streikversammlung der Steinarbeiter Königsbergs, nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der feigen Tat der Abgeordneten der NSDAP, auf die kommunistischen Abgeordneten im Preussischen Landtag. Ebenso verurteilt die versammelte Steinarbeiter das schamlose Verhalten der SPD-Fraktion, die feige den Sitzungssaal verließ und es so ermöglichte, daß nicht nur Kommunisten, sondern auch ihre eigenen Genossen schwere Verletzungen erlitten. Die im Kampf gegen den Lohnraub stehenden Steinischer sprechen den Kommunisten im Preussischen Landtag ihre volle Sympathie für ihren tatkräftigen Kampf gegen die Faschisten, gegen eine dreifache Uebermacht aus und geloben, sich mit aller Kraft für den Kampf gegen Krieg und Faschismus, für die rote Einheitsfront der proletarischen Klasse, gegen das morische, kapitalistische System, einzutreten.

Der Vertreter der DCF-Belegschaft nahm in einer Versammlung in der Stadthalle in Eilenburg nach dem Referat des preussischen Landtagsabgeordneten Genossen Koenen, in der Diskussion das Wort; er erklärte, daß in einer sofort einzuberufenden Belegschaftsversammlung eine Stellungnahme zur Antifaschistischen Aktion erfolgen wird, um für Eilenburg durch einen führenden Großbetrieb den Einheitsausschuss sofort zu schaffen und eine Aktion zu erzielen.

Der Führer der Erwerbslosenbewegung rief die Erwerbslosen auf, in den in diesen Tagen stattfindenden Erwerbsloserversammlungen sich dieser antifaschistischen Aktionsbewegung anzuschließen.

Eine Resolution in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen, zu der sich anwesende SPD- und Proleten haben ihr zugestimmt.

DIE INTERNATIONALE

Nach drei Wahlen

Die deutsche Bourgeoisie und der Krieg im Fernen Osten.

Die II. Internationale und der Interventionskrieg gegen die Sowjetunion.

Die Bedeutung der Wirtschaftskämpfe, der politischen Streiks und die mangelnden Erfolge der RGO.

Die Klassenziehung der Arbeiterkinder und die Rolle der Pionerbewegung.

Sofort besorgen, ohne vergriffen! Preis 20 Pf

Werbe-ständiger Leser der „Internationale“!

Herden konnte durch die „Geschlossenheit der Nation“, durch die „Bereinigung des Weltmarktes“, durch die „Klärung des Systems“. Dabei kommt ihnen zu Hilfe, daß die alten bürgerlichen Parteien, die bisherigen Regierungen und das parlamentarische demokratische System unfähig waren, die Entwicklung der Krise zu verhindern oder auch nur die beherrschenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise zu ergreifen. Diese Parteien haben in der Tat konstatieren gemacht, so konstant wie die Brüningregierung, die jetzt am Ende ihres Wahns einer Regierung Platz macht, die verstanden wird, mit veralteten faschistischen Methoden einen Ausweg aus der Krise zu schaffen.

Andererseits hat die Arbeiterklasse unter der Führung der kommunistischen Partei noch nicht eine solche Klassenkraft entwickelt, daß bereits der breiten Arbeitermassen die Unmöglichkeit des revolutionären Ausweges aus der Krise zum Bewußtsein gekommen ist. Große Teile der Arbeiter glauben noch, daß die sozialdemokratische Partei eine antifaschistische und antikapitalistische Kraft ist. Die kommunistische Partei hat es noch nicht verstanden, auf Grund ihrer Politik die Arbeiter an den antifaschistischen, antikapitalistischen Kampf so heranzuführen, daß die Arbeiter durch ihre eigene Erfahrung davon überzeugt sind, daß der Kampf der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Kapitalismus nur unter der Führung der kommunistischen Partei sein kann.

Der Sieg des Nazifaschismus in Oldenburg ist gerade darum so schrecklich und gefährlich, weil das zahlenmäßige und spezifische Gewicht der Arbeiterklasse in Oldenburg geringer ist als im Reich. Oldenburg ist in der Hauptsache Agrarland mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung und Kleinbourgeoisie in den städtischen Zentren. Gerade diese Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Schichten sind gegenwärtig auf Grund ihrer verzweifeltsten ökonomischen Lage am ehesten bereit, den Nationalsozialisten Gesellschaft zu leisten. Die Loslösung dieser Schichten vom Faschismus geschieht nur dadurch, daß die Arbeiterklasse als Klasse ihre eigene Kraft entwickelt. Und auch das Eindringen der Nationalsozialisten in die Reihen der Arbeiter kann nur dadurch verhindert werden, daß die Arbeiter den Kampf um ihre eigenen Interessen auf breiter Grundlage aufnehmen und so die rückständigen, unorganisierten und schwankenden und jene durch die Krise verwirrten und verunsicherten Schichten des Proletariats mitreißen.

Das Oldenburger Wahlergebnis signalisiert von neuem das Anwachsen der faschistischen Gefahr. Es besteht jedoch kein Grund, diese Gefahr zu überschätzen, in Panik zu verfallen und pessimistisch den Kampf anzugehen. Im Gegenteil, gelingt es der kommunistischen Partei, die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter, die noch dem Einfluß des Reformismus unterliegen, in der revolutionären Einheitsfront des Kampfes zusammenzufassen, sie zum ersten gemeinsamen Schritt des Kampfes mit den Kommunisten zu bewegen, dann werden die Bäume des Faschismus nicht in den Himmel wachsen, dann wird der faschistischen Welle ein Damm entgegengeleitet, an der sie und der Kapitalismus zerbrechen wird.

Vorrücken der Japaner

Aufstände im Rücken

Charbin, 30. Mai. Nach der Besetzung von San-Sin sind die japanischen Truppen weitermarschiert und besetzen Fugbin am Fluße Sungari, unweit der Sowjetgrenze.

In Charbin ist abermals ein Aufstand der manchurischen Truppen ausgebrochen, die unter dem Kommando des Generals Tschanghaipen stehen. Da die chinesischen Truppen sich weigerten, gegen die Meuterer vorzugehen, wurden japanische Armeeteile herangezogen, die mehrere Meuterer erschossen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu dieser Meldung: Durch diesen Sieg dürfte den Japanern nunmehr der Weg, den Sungari-Fluß abwärts, offenstehen. Rücken sie in dieser Richtung vor, so ist damit zu rechnen, daß sie in wenigen Wochen den Amur erreichen, der die Grenze zwischen Sowjetrußland und der Mandschurei bildet. Die Russen dürften in einem solchen Vormarsch eine ernste Bedrohung von Charbarowj erblicken.

Erbitterter Straßenkampf in Bombay

Bombay, 30. Mai. Die Verluste des britischen Militärs, durch Einsatz von Maschinengewehren, Tanks und Panzerautos in den Arbeitervierteln „die Ruhe wiederherzustellen“, löst auf den erbitterten Widerstand der indischen Arbeitererschaft, insbesondere der 50 000 immer noch im Streik verharrenden Textilarbeiter. Bei Straßenkämpfen am Sonntag wurden sieben Arbeiter vom Militär erschossen und hundert verwundet. In den Arbeitervierteln fürchten sich noch immer die Leichen der in den letzten Tagen erschossenen 127 Arbeiter, die von den Behörden nicht beerdigt werden.

Nationalsozialistische Partei in Rumänien für den Kampf gegen die Sowjets

Bukarest, 30. Mai. In Rumänien hat sich mit amtlicher Protektion eine nationalsozialistische Partei gebildet. Aus der Parteierklärung ist hervorzuheben, daß sie sich als eine „Wacht gegen den Bolschewismus am Danjestr“ (dem rumänisch-sowjetrußischen Grenzfluß) bezeichnet. Die Nationalsozialisten werden überall zu den aktivsten Kräften in der Organisation des Kampfes gegen die Sowjetunion.

Bauern verjagen Steuereintreiber

U. Bukarest, 30. Mai. Die Steuereintreibungen auf dem flachen Lande, namentlich in der Bulowina, stoßen auf immer größere Schwierigkeiten. Zu ersten Zusammenstößen kam es in der Nähe von Czernowig, wo die Bauern sich mit Senzen und Mistgabeln bewaffneten und die Steuereintreiber verjagten. Sie nahmen auch gegen die Gendarmen eine drohende Haltung ein. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Steuereintreibungen wurden verschoben.

Kurze Auslandsnachrichten

Eine Gesellschaft von 10 deutschen Ärzten in St. Petersburg ist eingetroffen, um die Leningrader Heilanstalten kennen zu lernen.

★

Der Wiener Bankverein hat eine 14prozentige Lohnkürzung bei seinen Angestellten vorgenommen. Die Länderbank verlangt ebenfalls Lohnherabsetzung. Die Niederösterreichische Escamptogellschaft hat bereits eine Kürzung der sogenannten Jahresentschädigung (Bilanzentschädigung) um 60 Prozent vorgenommen.

★

In ganz Österreich ist auf Grund der Zusammenstöße der Innsbrucker Arbeitererschaft mit den Nazis ein zweiseitiges Versammlungsverbot verhängt worden.

Deutsche Armee gegen die Sowjetunion!

Regierungsvertreter auf der Abrüstungskonferenz fordert Rüstungsfreiheit für Deutschland zur Beteiligung am militärischen Feldzug gegen die Sowjets

Das Mitglied der deutschen Delegation auf der Genier Abrüstungskonferenz, Staatssekretär J. D. Freiherr v. Heinebaben, machte in einer amerikanischen Zeitung über die weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz nach einer W.D.W.-Meldung u. a. folgende Ausführungen:

„... Der vierte Gedanke ist der, daß man endlich auch in Frankreich erkennen sollte, daß ohne Anpassung der ziffernmäßig kleineren deutschen Rüstung an eine allgemeine und für alle gültige Konvention eine deutsche Unterschrift nicht zu haben sein wird. Nicht, wie Churchill meint, die französische Armee, sondern ein gesundes gleichberechtigtes freies Deutschland ist der beste Schutz Europas gegen den Bolschewismus.“

Die deutsche Armee soll vergrößert werden, um ein wichtiger militärischer Faktor im Krieg gegen die Sowjetunion zu sein!

Die deutsche Bourgeoisie will nicht nur Deutschland zu einer Rüstungskammer für den französischen Imperialismus machen, sondern den Antisowjetkrieg auf deutschen Boden tragen.

Die deutsche Kapitalistenklasse, die Milliardenausträge von der Sowjetunion bekommt, will sich aktiv militärisch am Aufmarsch gegen das Land der betretenen Arbeiter und Bauern beteiligen!

Von Rheinbaben ist Vertrauensmann der deutschen Industrie und seit jeher einer der eifrigsten Befürworter eines Industrie- und Militärabkommens mit Frankreich. Bereits im Jahre 1925 führte er Verhandlungen mit französischen Militärs. Die von den deutschen Sozialdemokraten am Leben erhaltene Brüningkabinet beauftragte diesen Sowjetfeind mit der Vertretung auf der „Abrüstungskonferenz“, die sich immer offener als eine Konferenz der letzten Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion entlarvt.

Die Äußerung von Rheinbaben ist ein Yanal für die deutsche Arbeitererschaft, den Kampf gegen die Kriegstreiber im eigenen Lande zu verhandelt werden!

Sozialdemokraten wollen in die Kriegsregierung

Mehrheit für Regierungsbeteiligung auf dem Parteitag der französischen Sozialdemokratie

Paris, 30. Mai. Der gestrige Parteitag der französischen Sozialdemokraten brachte eine Mehrheit für die Beteiligung an der Kriegsregierung Herriots. Eine ganze Reihe von Sozialisten forderte sogar, daß die Sozialdemokraten bedingungslos sich für die Regierung anbieten sollen, obwohl die französische Bourgeoisie bisher die Sozialdemokraten noch gar nicht dazu aufgefordert hat.

Der künftige französische Ministerpräsident Herriot benutzte jede Gelegenheit, um selber oder durch den Mund seiner Leute das Kriegsprogramm der kommenden Regierung zu proklamieren. So betonte er gestern bei einem Festessen in Lyon abermals, daß die französische Außenpolitik von „vaterländischen Gedanken“ ausgehe und nach der Formel: „Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit, Anrührung“ geleitet werden müsse. Der Außenminister der Radikalsozialisten, Lemoine, schreibt im „Matin“: Abgesehen von einigen Träumern und Demagogen erwarte ganz Frankreich, daß die nationale Verteidigung sichergestellt werde. Heute herrsche in Frankreich ein Geist, der nicht mehr an neue Zugeständnisse gegenüber Deutschland ohne entsprechende Gegenleistungen denke. Man lasse wohl neue Lösungen, aber keine neuen Verzichte ins Auge.

Den Organisatoren des Krieges und der Ausgliederung des deutschen Volkes durch die Youngtribüne bieten die Sozialdemokraten sich bedingungslos als Helfershelfer an!

In den Reihen der werktätigen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Frankreichs herrscht starke Opposition, die, wenn auch schwach, sogar auf dem gestrigen Kongreß zum Ausdruck kam.

Der Berliner „Vorwärts“ muß melden: „Der Pariser Delegierte Nivert, der gegen die Beteiligung sprach, rief eine lebhafte Unruhe hervor. Er griff Rossard an, der im „Populaire“ früher Herriot bekämpft hätte und jetzt zu dem radikalen Flügel gegangen sei. Er kritisierte ferner Paul Fonceur, der der Wortführer des französischen Imperialismus geworden sei. Ein Teil der Kongreß-

mitglieder und die Tribünenbesucher applaudierten, worauf der größte Teil des Kongresses mit Protestrufen antwortete. Erst durch das Eingreifen Blums, der besonders die Tribünenbesucher ermahnte, ihre Ausrudgungen zu mäßigen, konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.“

Unsere französische kommunistische Bruderpartei wird es verstehen, die proletarischen kriegsgegnerischen Kräfte in der französischen Sozialdemokratie in roter Einheitsfront zu erfassen.

Bombenanschlag auf Belgrader Parlament und tschechische Zeitung

Wien, 30. Mai. Im Zusammenhang mit der breiten revolutionären Welle im tschechischen Jugoslawien stehen zweifellos auch die Bombenanschläge in Belgrad, über die hier Meldungen durchgeschickert sind. Mitten in der Nacht explodierte mit einer weithin hörbaren Detonation eine Höllenmaschine am Eingang zum tschechischen Parlament in Belgrad. Weiter wurde in der Redaktion der Zeitung „Politika“ eine Bombe gefunden.

Die Regierung hat das Militär in der Hauptstadt in Bereitschaft versetzt und Massenverhaftungen vornehmen lassen.

Blutige Streikämpfe in Spanien

Madrid, 30. Mai. Bei den großen politischen Streiks kam es in Madrid, Valencia und Barcelona wiederholt zu blutigen Zusammenstößen mit der Zivilgarde. Die Polizei hat den Befehl, überall rücksichtslos in Demonstrationen hineinzuschreiten. Bisher wurden sechs Arbeiter erschossen.

Frauen führen Krieg

von Emma P. Donubergen

Copyright by „Rote Fabrik“, Berlin, 1932

42. Fortsetzung.

„Was weht auf der Kirche von Autrecourt für eine Fahne?“

„Sie haben die weiße Fahne gehißt, das bedeutet, daß nur noch Zivilbevölkerung im Orte ist!“

„Da kann einer sagen, was er will, wir sind auf der schönsten Flucht.“

Und wie zur Bekräftigung dieser Worte vernahmen sie plötzlich deutlicher denn je das Donnern der Artillerie und allen war klar, daß die Deutschen eine Schlappe erlitten hatten.

„Wo fahren wir hin?“

Niemand wußte es. Nach zwei Stunden klopfen die Mädchen energisch an das Chauffeurfenster.

„Halt, halt, wir wollen wissen, wo es hingehet!“

„Das ist ja eine miserable Fahrt!“

Der Wagen hielt.

„Wat denn, wat denn? Wat heest hier miserable! Wat meine Person anbetrifft, so bin ich froh, dat's endlich „Parole Seimat“ ist!“

„Aber deswegen brauchen Sie doch nicht so schnell zu fahren, sehen Sie mal!“ — man wies auf zwei Mädchen, die zusammengekrümmt in einer Ecke kauerten.

„Wir halten das nicht aus!“ riefen sie durcheinander.

„Wir wollen nicht wie das Vieh transportiert werden!“

„Sachte, sachte mit de jungen Pferde, jeben Sie man nicht so reichlich an. Kennen sie nicht det scheene Lied: „Hab mein Wage vollgelade?“ — Jetzt bin ich mir bloß nicht klar, ob ich junge Mädchens oder alte Weibe oben habe! Den Kadav nach, könnte man det lehtere annehmen.“

„Alles protestierte über die Art, wie der Chauffeur den Beschwern entgegentrat, aber Luise dachte: Der macht's richtig,

wenn er jetzt mitleidig und trübseelig wäre, dann würde das Gejammer überhaupt nicht aufhören.

„Also, wo wa hinfahren, woll'n se wissen?“

„Ja, und wann wir da sind!“

Mit der größten Seelenruhe und gemächlich lächelnd antwortete der Chauffeur:

„Also, ich hab Anweisung, Sie nach Vastogne zu bringen!“

„Vastogne? Wo liegt das?“

„In Belgien, ungefähr noch 150 Kilometer! So jeben sechs Uhr wern wa dort sein.“

Die Mädchen sahen sich entsetzt an.

„Was ist denn los, warum denn plötzlich so weit weg?“

„Nu, wenn ma abhauen muß, denn bleibt eenen wohl keen anderer Ausweg, als eben abzuhaufen!“

Weiter ging die Fahrt. Unterwegs wurde noch ein paar mal haltgemacht. Gegen zwei Uhr traf man eine Gulojkanone, die ein undefinierbares Essen verabreichte.

In einem elenden Zustande, im wahren Sinne des Wortes „acridel“, kamen sie gegen Abend in Vastogne an. Der Wagen hielt vor einem kleinen Hotel an der Ecke zweier Straßen.

„So meine Damens!“ sagte der Chauffeur, „nu sind wa da! Direkt vor's Logis, wenn se wollen, kann ich se och noch ins Bett bringen!“

Zu zweit und zu dritt zogen sie in primitive Schlafstellen. Auch dieses Hotel war als Helfersinnenheim verwendet worden und erinnerte ein wenig an das verlassene Heim in Autrecourt. Der Aufenthalt hier sollte jedoch nur vorübergehend sein. Die Mädchen fielen wie tot in ihre Betten und am andern Morgen war die Hälfte von ihnen krank. Die Kranken blieben einige Tage liegen.

In Vastogne, eine kleinen Städtchen, herrschte reges Leben. Die Geschäfte waren alle geöffnet und wer Geld hatte, konnte kaufen was er wollte. Ganz in der Nähe des Heims befand sich ein Restaurant, in welchem sich Luise ihr erstes Mittagessen geben ließ. Erstaunt und erstent stellte sie fest, daß die Wirtin eine Deutsche war. Luise bemühte sich, Näheres über die Verhältnisse und militärische Situation in Vastogne zu erfahren. Die Frau war jedoch recht wortfarg und wollte nicht recht mit der Sprache heraus.

Das Essen war gut. Es sah alles sehr sauber aus, so daß Luise ihren Kolleginnen erzvret von diesem Gasthaus erzählte und sie bewog, ihren Mittagstisch dort einzunehmen.

Nach wie vor blieb die Frau den deutschen Mädchen gegenüber verschlossen und wortfarg. Sie hielt sich ständig in der Küche auf und ließ die Gäste von einem belgischen Mädchen bedienen.

Neben der Küche befand sich gleich das Wohnzimmer der Wirtin und Luise hatte einmal Gelegenheit, einen Blick hineinzutun. Da hing an der Wand ein Bild, das Luise bekannt vorkam. Sie sann nach. Wo habe ich das schon gesehen? Möglichlich fiel ihr ein: In irgendeiner Zeitung! War das nicht ein Arbeiterführer? Als das belgische Mädchen das Mittagessen servierte, fragte Luise: „Was haben Sie in der Wohnstube für ein Bild hangen?“

„Ich glaube, ich lenne den Betreffenden.“ Das Mädchen sah erstaunt auf, „das ist Jean Jaures“, sagte sie.

Luise machte sich also ihre eigenen Gedanken über die Schweizjameit der Wirtin. War sie eine Sozialistin, die den Krieg und alles was in seinen Diensten stand haßte? Sie mußte mehr erfahren.

Nach und nach gelang es ihr, indem sie unter verschiedenen Vorwänden in die Küche ging, Gespräche anzuknüpfen und bald bekam sie mit der Wirtin ein wenig Kontakt.

Auf die Frage Luises, warum sie so schweigsam sei und so ein böses Gesicht mache, sagte die Wirtin: „Wissen Sie, es ist geradezu ein Pech für mich, daß Sie und Ihre Kolleginnen sich ausgerechnet mein Restaurant zum Mittagstisch erloren haben!“

Luise war erstaunt.

„Man kann mir ja nichts anhaben“, fuhr die Frau fort, „schließlich ist ja auch in anderen Häusern, ja sogar beim Bürgermeister deutsche Besatzung. — aber ein Unglück ist es doch! Das verstehen Sie nicht? Ja, Sie kennen die Verhältnisse hier nicht. Mein Mann ist Belgier, er kämpft an der französischen Front. Gleich, als er fort war, begannen mich die Nationalisten hier im Ort zu schikanieren und zu verdächtigen. Ich war eine Deutsche und bekam die Feindschaft aller zu spüren. Man hat mich fortwährend bespöttelt und versucht, eine Spionin aus mir zu machen! Ja, man hat mir sogar mit Erschießen gedroht, obwohl ich keinerlei Verbindungen mit Deutschland unterhielt, denn ich habe weder Freunde noch Verwandte dort!“

So erfuhr Luise, wie auch hier die Gemüter aufgepuscht und die Begriffe: „Vaterland, Freiheit, Nation und Feind“, fettliche, giftige Blüten trieben. Es war gute Konjunktur für „nationale Männer, tapfere Helden und Kassenhag“. Insbesondere die Rotationsmaschinen waren eine schlimme Waffe in den Händen der herrschenden Klasse.

Fortsetzung folgt.

Breslauer Gewerkschaften schmieden rote Einheitsfront

Breslau. Der Bezirks-Gewerkschaftsausschuss, Schlesiens hatte gemeinsam mit dem Stadteil Süd der SPD, ZNP, und KPD die Vorbereitungen für eine gemeinsame Gewerkschaftenversammlung getroffen. Am Montag fand diese Gewerkschaftenversammlung im großen Saal des „Schwarzwebers“ statt. Kollege Niesewetter vom Bezirks-Gewerkschaftsausschuss eröffnete die Versammlung. Kollege Wase von der SPD sprach zuerst über die Schaffung der roten Einheitsfront aller Gewerkschaften zum Kampf gegen jeden weiteren Unterdrückungsraub. Nach dem Kollegen Wase sprachen dann noch die Kollegen Gramate von der KPD, und Hänisch von der ZNP.

In der Diskussion betonten alle Diskussionsredner die Notwendigkeit der Schaffung der roten Einheitsfront. Anschließend wurde dann die Wahl von Stadteil-Gewerkschaftsausschüssen angenommen. In diesen Ausschüssen sind SPD, KPD, und ZNP, Parteiloje und sogar zwei sozialdemokratische Kollegen vorhanden.

Unter dem Beifall der Versammlung erklärte sich der sozialdemokratische Kollege Schöbel für die Schaffung der roten Einheitsfront. Der Kollege Schöbel geißelte unter anderem das Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die hat der bedrängten kommunistischen Fraktion zu Hilfe zu eilen. Muthartig den Saal verließ, anstatt gemeinsam einen Abwehrkampf gegen den braunen Mordterror zu bilden.

Anschließend wurde eine Delegation gewählt, die den Stadtverordneten die in der Versammlung angenommenen Forderungen unterbreiten und der Stadtverordnetenversammlung beimohnen sollte. Als die Delegation auf dem Rathaus, begleitet von mehreren hundert Er-

werkschaften, erschien, wurde Polizei eingesetzt. Der SPD-Abgeordnete Karl Piesch (Zeichen-Piesch) lehnte die Bitte des sozialdemokratischen Kollegen Schöbel, für die in der Gewerkschaftenversammlung aufgestellten Forderungen einzutreten, brutal ab. Genau so verweigerte SPD-Bandmann gemeinsam mit dem deutschnationalen Friedrich der Delegation den Eintritt in die Stadtverordnetenversammlung.

Der erste Schritt zur Schaffung der roten Einheitsfront ist getan. Jetzt gilt es, Kollegen, auch alle Aktionen genau so einheitlich und geschlossen wie diese Gewerkschaftenversammlung durchzuführen.

Note Rundfunk-Randnotizen

Mittwoch, Um 17.15 berichtet Hermann Kall u. a. ein Buch des von der jamaikaner in die nationalsozialistische Front eingeschwenkten Hanns Heinz Ewers. Bericht! — Nachdrücklich

warnen wir vor dem Vertrag des Internationalen Arbeiterkongresses. Morjenspost-Redakteurs Schabewall: am 19. Uhr!

Manche, daß die „Volksmacht“ in ihrer Funktion immer mehr an Bedeutung verliert. Sie hat nicht nur den Stempel des „Ausländers“ durch ihr Schwagen geodt, sie hat auch nicht für sich selbst, sondern in der „Sonnenbrot-Brotfabrik“ vor dem „ausländischen“ Arbeiterkongress (Lundskronen) und den belarischen Delegationen des „Volksmacht“ Herrn Wirtz am letzten Sonntag zu warnen. Der „Volksmacht“-Gelenksleiterredner Franz Wirtz hat die folgenden Forderungen: — Die weisen übrigens auf die letzte Nummer des „Arbeiter-Sender“ hin, wo mit dem nationalsozialistischen Kurs der Breslauer Sendeleitung gründlich abgerechnet worden ist.

Sexualberatung, Furststraße 4, Hof, 2. Stod

Sprechstunden jetzt Dienstag und Donnerstag von 15.30 Uhr bis 20.30 Uhr. Es findet unentgeltliche ärztliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwangerschaftsabbrüche usw. statt. Die Beratung unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Personalangaben sind nicht erforderlich.

Fürsorge- und Pflichtarbeiter!

Heraus zur Versammlung am Donnerstag, dem 2. Juni, 19.30 Uhr, im „Zentralballsaal“, Westendstraße. Thema: „Wie kämpfen wir gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau?“

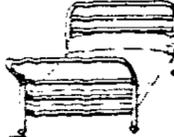
Der zentrale Kampfausschuß der Fürsorge- und Pflichtarbeiter.



REISE OHNE BARGELD
MIT DEM REISEKREDITBRIEF
DER SPARKASSEN

Städt. Sparkasse zu Breslau

MATRATZEN • KINDERBETTEN
METALLBETTEN



Beier & Olowinski
HERRENSTR. 31 & SCHWEIDN. STR. 10-11

Zigaretten / Zigaretten / Tabake
Wilh. Gondel, Breslau, Gelsnerstr. 13

Trauerkleider
Blusen, Röcke, Mäntel, Hüte, Schleier
Trauer-Magazin August Benadix
2. u. Rathaus 14 (Ring Go. Farb.-Seite) Tel. 283 30

Die neue preiswerte
Naumann Schrank
Nähmaschine
ist nur allein zu haben bei
Alfred Schlesinger
Schmiedebrücke Nr. 13
parterre bis 4. Etg.
Günstigste Teilzahlung
ständige Service
eigene
Reparatur-Werkstatt

Wandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücken

Lederhandlung Jantke
Schuhpflegemittel, Schuhmacherbedarfs-Artikel
Breslau, Neue Taschenstraße 11

Partei-
genossen!
Beachtet
bei allen Einkäufen
immer nur unsere
Insumenten!

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitung
Zeitschriften
Massenaufgaben
in Flach- und
Rotationsdruck
preiswert

FORTSCHRITT
AG. FILIALE BRESLAU
Trebnitzer Str. 58
Telephon 484 55

Das
Tagesgespräch
von Breslau
sind schon immer unsere
billigen Preise



Es ist uns gelungen, durch besonders günstigen Einkauf unsere Preise noch mehr herabzusetzen. Das, was wir Ihnen jetzt bieten, ist ein **Rekord an Billigkeit** und Güte der Waren.

Wir veranstalten ab Dienstag, den 31. Mai
Ultimotage

Kommen Sie und überzeugen Sie sich. Sie finden **Riesenauswahl in Anzügen, Mänteln, Hosen, Lüster- u. Leinenjackets, Trachtenjacken**

Ein großer Posten Anzüge in blau und schönsten Farben	Ein großer Posten Sportanzüge zwei- und dreiteilig modernste Ausführung	Ein Riesenposten Slipons Sommerpaleots und Ulster	Ein Riesenposten Trenchcoats u. Lodenmäntel in allen Farben
--	--	---	--

Seit **72** Jahren

Knickerbocker • Gestreifte Hosen • Windjacken
Auch starke Herren finden bei uns das Passende!
Zahlungs-Erleichterung durch die Kunden-Kredit - G. m. b. H.

L. Brägger BRESLAU 1
Albrechtstr. 51
HERREN-BEKLEIDUNGSHAUS Eingang nur Ecke Schuhbrücke